

RT DE: News, Analyse und Meinung

Digest Januar 2023

News

Die Einwohner von Mariupol berichten über die Schrecken des Krieges und den Wiederaufbau der Stadt

<https://freeassange.rtde.me/russland/158573-einwohner-von-mariupol-berichten-ueber/>
01.01.2023

Sechs Monate nach der Befreiung von Mariupol: Ein Bericht aus einer russischen Stadt, die erbitterte Kämpfe über sich ergehen lassen musste und nun wieder zum Leben erwacht.

Von Juri Mironow

Die aktiven Kämpfe in Mariupol begannen am 24. Februar 2022 – gleich am ersten Tag der russischen Militäroperation in der Ukraine. Sie endeten Ende Mai, als sich die übrig gebliebenen Kämpfer des Neonazi-Bataillons Asow, die eine letzte Bastion im Stahlwerk Asowstal hielten, schließlich ergaben.

In drei Monaten erbitterter Kämpfe wurden die meisten Wohngebäude beschädigt oder komplett zerstört. Dieser Fakt wird durch Hunderte von erschreckenden Bildern der fast vollständig zerstörten Stadt bestätigt, die in der ganzen Welt gesehen wurden. Zerstörte Häuser, kaputte Straßen und zerstörte Infrastruktur prägen noch heute das Stadtbild von Mariupol. Und doch leben noch Tausende von Menschen in der Stadt. Wie denken die Einheimischen heute über den Krieg und das Leben dort und hat es die Stadt geschafft, sich in sechs Monaten eines "friedlichen" Lebens zu erholen? Ein Autor von *RT* machte sich auf den Weg, um dies herauszufinden.

Die Willenskraft inmitten der Ruinen

'Achtung! Minen!' ist eines der ersten sichtbaren Markierungen an der Zufahrt zur Stadt. Ein Schädel und zwei gekreuzte Knochen sind unter der Warnung auf einer roten Tafel angebracht und darunter ist noch einmal derselbe Text in englischer Sprache. Auf dem Weg in die Stadt sieht man zerstörte Gebäude auf beiden Seiten der Autobahn. Einige haben zerbrochene Fenster, und man sieht Einschusslöcher von Raketeneinschlägen, Gewehrkugeln oder Granatsplittern in den Mauern. Andere wurden vollständig dem Erdboden gleichgemacht.

Man trifft auf ein stark beschädigtes Depot mit Dutzenden von zerstörten Straßenbahnen und ausgebrannten Wohnblöcken am linken Ufer des Flusses. Dieses Gebiet hat aufgrund seiner Lage am meisten leiden müssen. In diesem Gebiet befindet sich das ehemalige Stahlwerk Asowstal. Hier fanden einige der heftigsten Kämpfe statt.

Doch seltsamerweise sind Bilder der Zerstörung nicht das Schockierendste in Mariupol. Es scheint kaum möglich, aber Mariupol ist eine lebendige Stadt – trotz allem, was sie durchmachen musste.

Viele Elemente der zivilen Infrastruktur funktionieren wie gewohnt: Die Busse fahren planmäßig, die Geschäfte und sogar einige Kneipen sind geöffnet. Die Bewohner von Mariupol kehren trotz der Hölle, die sie durchlebt haben, zu ihrer gewohnten Lebensweise zurück: Sie arbeiten, gehen spazieren, bringen die Kinder zur Schule, führen ihre Haustiere Gassi. Der erste Schock über die Schrecken des Krieges weicht schnell einer Bewunderung für die Willenskraft und den Lebensmut der Einheimischen.

Ausgebrannte Häuser, Tierhandlungen und eine internationale Küche

Der Rhythmus des Stadtlebens in Mariupol ist fest mit den Bewegungen der Sonne am Himmel verbunden. Bei Sonnenuntergang wird alles still. Die Stadt ist noch immer schlecht beleuchtet, daher wirkt sie nach Sonnenuntergang unheimlich. Ohne erst auf die Ausgangssperre zu warten, gehen die Bewohner nach Hause. Die meisten Einrichtungen schließen und die Straßen werden menschenleer. Nur der eisige Wind fegt Trümmerreste aus den Gebäuden über die leeren Straßen. Dann kommt die Morgendämmerung und alles wird anders.

Märkte sind in der ganzen Stadt geöffnet. Einige sind ziemlich klein, etwa 50 Meter lang. Dort handeln die Einheimischen mit lebensnotwendigen Gütern. Diejenigen, die ihre eigenen kleinen Bauernhöfe haben, verkaufen Eier, Fleisch, Gemüse und Gurken. Einige backen Piroshki – kleine, mit Fleisch oder Gemüse gefüllte Brötchen. Natürlich gibt es in der Hafenstadt Mariupol eine große Menge an Meeresfrüchten: Fisch, Garnelen, Krabben und sogar getrockneten Thunfisch. Um 14 Uhr ist praktisch keine Ware mehr da, und die Verkäufer packen allmählich zusammen.

Auf den zentralen Straßen bilden sich größere Märkte mit einer Länge von bis zu einem Kilometer. Hier wird bis zum Sonnenuntergang gehandelt. Hier kann man Kleidung kaufen, darunter angebliche Markenartikel, Haushaltsgegenstände und sogar roten Kaviar. An manchen Orten kann man Geld wechseln und Telefonkarten kaufen. Hier trifft man üblicherweise auf sehr viele Menschen. Familien kommen, um sich über die Preise zu informieren und um etwas Gutes zu ergattern.

Bauernmärkte sind keineswegs der einzige Ort, an dem wichtige Güter verkauft werden. Das Produktsortiment in den Lebensmittelgeschäften und in den Supermärkten von Mariupol ist zwar schlechter als in einer typischen russischen Provinz – aber nicht wesentlich. Teilweise übertrifft das lokale Warenangebot sogar den landesweiten Durchschnitt. Coca-Cola in Dosen ist beispielsweise leicht zu finden, auch wenn sie aus Iran stammen.

Überraschenderweise hat Mariupol Waren nicht nur für Menschen, sondern auch für Haustiere. Es ist kaum zu glauben, dass man im Erdgeschoss eines ausgebrannten Gebäudes plötzlich eine funktionierende Zoohandlung findet. Trotz allem kaufen, verkaufen und züchten die Menschen weiterhin Haustiere und ziehen sie sogar warm an. Es sind kleine Details wie diese, die sich so lebhaft von den düsteren Folgen des Konflikts abheben.

Auch Restaurants werden wieder in Schuss gebracht. Auf den Straßen von Mariupol findet man viele Buden, die Schawarma (arabisches Fleischgericht) und auch asiatische, italienische, georgische und andere internationale Gerichte anbieten. Auch Läden, die Crêpes verkaufen, Cafés und Bäckereien findet man hier. Einige Cafés bieten sogar Lieferungen nach Hause an.

Lebenszeichen

Die Gastronomie und Lebensmittelindustrie ist nicht der einzige Bereich des öffentlichen Lebens, der neu aufgebaut wird. Zerstörte Brücken werden repariert und Straßen hergerichtet. Neue Häuser werden anstelle von jenen gebaut, die nicht mehr gerettet werden können, während Gebäude mit

geringeren Schäden saniert werden. Neue Fenster und Heizkörper werden eingebaut und an die Zentralheizung angeschlossen. Derzeit geht alles sehr langsam voran. Die Versorgung mit Strom ist wesentlich besser als jene mit Heizwärme. Strom ist in den meisten öffentlichen Wohnräumen vorhanden. Die Stadt wird buchstäblich von Tag zu Tag heller, da jetzt auch die Ampeln im Stadtzentrum wieder funktionieren.

Natürlich wirken die Restaurierungsarbeiten vor dem Hintergrund der allgemeinen Zerstörung wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber die Leidenschaft, mit der dies angepackt wird, weckt selbst unter den Einheimischen Optimismus. Im Sommer sagte der stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation, Marat Chusnullin, der auch den Wiederaufbau in Mariupol überwacht, dass die Stadt in drei Jahren wiederhergestellt sein wird. Ihm zufolge arbeiten 28.000 Bau- und Hilfsarbeiter mit Hochdruck an dieser Aufgabe. Mancherorts helfen sie sogar dabei, das Laub von der Straße zu fegen – ein seltsamer Anblick in einer zerstörten Stadt. Dies ist aber auch ein Zeichen dafür, dass die Dinge wirklich besser werden.

Auf einer Straße steht ein orangefarbener Lastwagen, die Lademulde bis zum Rand mit Laub beladen. Auf einem Aufkleber an der Tür steht: "Aus Sankt Petersburg für Mariupol". Am 1. Juni wurden Mariupol und Sankt Petersburg Partnerstädte. Der Gouverneur der nördlichen Hauptstadt Russlands versprach, seine südliche Schwesterstadt bei der Wiederherstellung seiner Gebäude und der sozialen Dienste zu unterstützen. Der Anblick ehemaliger Sankt Petersburger Busse voller Passagiere, die durch die Straßen von Mariupol fahren, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Stadt wieder zum Leben erwacht.

Die scheinbare Normalität in der Stadt ist bewundernswert, wenn man sich umschaute und sich daran erinnert, was diese Menschen durchgemacht haben. Unter den Fahrgästen im Bus sind viele Kinder. Manche werden zur Schule gebracht, manche in den Kindergarten, andere zum Sport. Eine Lehrerin der Sekundarschule Nummer vier der Stadt Mariupol sagte mir, dass das Leben viel einfacher geworden sei, nachdem die Turnhallen und Freizeitzentren für Kinder wiedereröffnet wurden. Schließlich sei es für Kinder wichtig, sich in solch schwierigen Zeiten an außerschulischen Aktivitäten zu beteiligen. An der Schule, an der sie unterrichtet, kommen die Kinder abends zum Malen. Und im teilweise zerstörten Sportkomplex Ilyitschewets trainieren regelmäßig junge Fußballspieler.

Zur Überraschung eines Außenstehenden erholt sich Mariupol allmählich – so viel wie möglich, so schnell wie möglich.

"Lasst uns Ukrainisch sprechen, und alle haben sich umgeschaut: Sind die verrückt?"

Valentina Markowna ist 72 Jahre alt. Ihre Wohnung befindet sich im ersten Stock eines fünfstöckigen Gebäudes, in dem früher 60 Familien lebten. Bis November waren nur noch vier Wohnungen bewohnt. Die ganze Straße wurde während der Kämpfe schwerbeschädigt, und nun verfallen die Häuser.

Glücklicherweise wurden direkt auf der anderen Straßenseite neue Wohnhäuser gebaut, um jene zu ersetzen, die kurz vor dem Abriss stehen. Aber es gibt ein Problem: Wohnungen sind wegen bürokratischer Hürden nur schwer zu bekommen. Als Übergangslösung werden Betten in Schlafsälen angeboten. Für die Anwohner der Straße sind das keine guten Nachrichten.

Was in den ersten Monaten der Militäroperation in Mariupol passiert ist, könnte den Willen eines Jeden, für Gerechtigkeit zu kämpfen, untergraben. Aber nicht bei Valentina Markowna. Sie war früher Vorsitzende der Vereinigung der Miteigentümer von Mehrfamilienhäusern. Unter ihrer Führung gewann ihre Straße eine Auszeichnung für die Qualität der Instandhaltung. Valentina

Markowna plante, das Preisgeld in eine neue Rosensorte zu investieren, und schaffte es sogar, sie zu bestellen. Doch dann begannen die Kämpfe und die Gartenarbeit musste warten. Aber Blumen wachsen trotzdem noch rund um die Häuser und werden in den Höfen gepflegt.

In der neuen Realität ist ihre Position weniger formell, aber bedeutsamer. Sie ist die Älteste, die für die Straße verantwortlich ist, und es gibt 32 Häuser, die unter ihrer Obhut stehen. Das bedeutet, dass sie versucht, Gerechtigkeit für alle Bewohner der Straße zu erlangen. Sie hört sich die Probleme der Familien an und versucht, Hilfe für zu organisieren, indem sie freiwillige Helfer kontaktiert und mit der neuen Stadtverwaltung verhandelt. Sie versammelte die Anwohner der Straße und erklärte ihnen die Situation bezüglich der neuen Häuser und der Wohnheime. Die Menschen entschieden, dass sie standhaft bleiben und nicht in Schlafsälen leben wollen. Sie kochte Essen für all jene, die sich während der Kämpfe in der Stadt in Kellern versteckten. Und selbst jetzt kocht sie immer noch Suppe für die Nachbarn und Freiwilligen, die sie beherbergt hat.

Dieses System des "Rat der Ältesten", denen die Verantwortung für ein Haus oder eine Straße übertragen wurde, hat sich im Mariupol der Nachkriegszeit gut entwickelt und erfüllt mehrere wichtige Funktionen. Sie organisieren Nachbarschaftshilfe, verbreiten wichtige Informationen, kommunizieren mit der Außenwelt und versuchen, an nützliche Ressourcen für die Gemeinschaft zu gelangen.

Es sind jedoch nicht nur die Ältesten, die Hilfe anbieten. Svetlana ist 43 Jahre alt und arbeitet in einer Kirche. Zusammen mit ihren Kollegen sammelt sie Ressourcen, um sie an die Bewohner von Mariupol zu verteilen: Lebensmittel, Heizlüfter, Kleidung. Sie kontaktieren freiwillige Helfer und helfen denen, die es am dringendsten benötigen. Svetlana erinnert sich mit großem Schmerz an die Kämpfe. Sie erzählt, wie sie persönlich versuchte, den Beschuss eines Wohnhauses durch einen Panzer der ukrainischen Streitkräfte zu stoppen. Ihr wurde geantwortet: "Befehl ist Befehl". Sie erinnert sich auch, wie der ganze Bezirk jubelte und die russische Nationalhymne anstimmte und zu weinen begann, als die russische Armee in die Stadt einmarschierte.

Das ist wahrscheinlich das Schwierigste, wenn man mit den Einwohnern von Mariupol spricht. Egal, wie fröhlich eine Person in den ersten Minuten wirken mag, das Gespräch konzentriert sich immer irgendwann auf das, was im Frühjahr passiert ist. Die meisten Menschen haben dann Tränen in den Augen. Sie gedenken ihrer toten Angehörigen und ihrer zerstörten Häuser. Sie erinnern sich, wie sie sich in Kellern verstecken mussten. Und viele sprechen über die Grausamkeit der Milizen von Asow.

"Ich wurde fast erschossen, weil ich die ukrainische Sprache nicht beherrsche. Das Einzige, was uns gerettet hat, war, dass die von Asow unter Beschuss gerieten und weg rannten", berichtet Arsen, ein russischer Armenier aus Surgut. Vor zwanzig Jahren zog er zu seiner Mutter nach Mariupol und lernte dort die Liebe seines Lebens kennen. Seine Lebensgefährtin erzählt, wie ihre Freundin versuchte, die Leiche ihrer Mutter von der Straße zu holen, aber von einer ukrainischen Scharfschützin erschossen wurde. Man hört Hunderte solcher Geschichten.

Auch der aus Mariupol stammende Vitalik äußerte sich zur Frage der Sprache. Er ist 31 Jahre alt, arbeitet als Fahrer und hilft bei Freiwilligenorganisationen. Vitalik sagt: "Früher haben wir herumgealbert. Wir trafen uns mit Freunden und gingen in der Innenstadt spazieren. Aus Spaß fingen wir an, Ukrainisch zu sprechen, und alle schauten sich um und dachten: Sind die verrückt?"

Trotz all des Schreckens, den sie erlebt haben, blicken viele Menschen optimistisch in die Zukunft. Sie zählen auf die Hilfe Russlands und erwarten, dass das Leben besser wird. An dieser Stelle lässt sich Mariupol am besten mit dem Sprichwort beschreiben: "Die Dinge sind nicht so einfach, wie sie scheinen." Ein bedeutender Teil der Stadt wurde zerstört, doch es wimmelt trotzdem nur so von

Leben. Die Erholung von den Strapazen der Kämpfe ist zwar in vollem Gange, geht aber nicht schnell genug. Die Menschen sind jetzt mit ihrem Alltag beschäftigt, aber die seelischen und körperlichen Wunden sitzen noch zu tief, um sie einfach vergessen zu können.

Die Bürger von Mariupol sind zweifellos außerordentlich starke Menschen, die eine Hölle durchlebt haben. Aber trotz aller Verluste und Schmerzen bauen sie beharrlich ihr Leben wieder neu auf.

Aus dem Englischen (<https://www.rt.com/russia/568320-mariupol-six-months-later/>).

Juri Mironow ist ein Freiwilliger aus Moskau, der an humanitären Missionen im Donbass beteiligt ist.

* * *

Russischer Botschafter: "Berlins Augen sind auf die USA gerichtet"

<https://freeassange.rtde.me/international/160248-russischer-botschafter-berlins-augen-sind/>
18.01.2023

Die offizielle Position der Bundesregierung, der Ukraine dabei zu helfen, den Sieg auf dem Schlachtfeld zu erringen, begrüße nicht jeder Bürger, sagte der russische Botschafter in Berlin. Doch die NATO habe für Deutschland die "absolute Priorität".

Wie Sergei Netschajew in einem Interview mit der Zeitung *Rossijskaja Gaseta* schilderte, habe sich die Arbeit der Botschaft und der Konsulate in der Bundesrepublik nach dem 24. Februar gravierend verändert. Die wichtigsten Formate der bilateralen Zusammenarbeit seien von deutscher Seite einseitig eingefroren worden. "In Berlin ging es um den bewussten Zusammenbruch des jahrzehntelang geschaffenen Gerüsts der russisch-deutschen Beziehungen." Die Kontakte deutscher Ministerien und Dienststellen zur russischen Auslandsvertretung seien nun stark eingeschränkt.

Laut Netschajew unterscheiden sich die Stimmungen der einfachen Bürger jedoch erheblich von der Position der Eliten. "Die Leute wollen keine Konfrontation. Sie erinnern an den Weg der historischen Versöhnung nach dem Krieg. Der gewöhnliche Deutsche ist überhaupt nicht geneigt, in Russland einen Feind zu suchen."

"Viele wollen keine Konfrontation mit Russland. Sie schätzen den Weg der historischen Aussöhnung, den wir geerntet haben und den Russland trotz der kolossalen Opfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus während des Großen Vaterländischen Krieges gegangen ist."

Doch heutzutage habe die NATO für Deutschland "absolute Priorität". "Berlins Augen sind auf die USA gerichtet. Eigenständige Schritte sind praktisch ausgeschlossen. Politisch geht jedenfalls nichts ohne Rücksicht auf Washington." Auch die deutschen Medien verfolgen laut Netschajew eine allgemeine Linie, die die Ereignisse in der Ukraine einseitig darstelle, "was nichts mit Objektivität und Unparteilichkeit zu tun hat".

Ebenfalls sei die deutsche Wirtschaft in Russland starkem Druck ausgesetzt. Aus diesem Grund stellten einige deutsche Unternehmen die langjährige Zusammenarbeit mit der Botschaft ein. Gleichzeitig verstünden die meisten Wirtschaftsvertreter, so der Diplomat, dass ein solcher Weg nicht ihren Interessen entspreche. Vorher seien rund 6.000 deutsche Firmen in Russland aktiv gewesen – und man wolle die führende Position auf dem russischen Markt nicht verlassen. "Viele Unternehmer bemühten sich, Kontakte und Vertretungen in unserem Land aufrechtzuerhalten, und suchen nach akzeptablen Formen und Wegen, um die Zusammenarbeit fortzusetzen."

Nach Kriegsbeginn habe es in der deutschen Kultur, Wissenschaft und Bildung eine radikale Ablehnung von allem gegeben, was mit Russland in Verbindung gebracht worden sei. Doch die Zeit habe gezeigt, dass Verbote oder eine Aufhebung der russischen Kunst oder der russischen Sprache unmöglich seien. Es gebe in Deutschland immer noch viele Leute, die Russisch lernen wollen. "Das Interesse an der russischen Sprache in Deutschland bleibt bestehen", so Netschajew.

Fälle von Diskriminierung von Russen in Deutschland seien im Vergleich zum Frühjahr 2022, als die Lage den Charakter einer gezielten Belästigung aufgrund von Sprache und Nationalität angenommen habe, derzeit selten zu verzeichnen. "Unsere Bemühungen haben sich gelohnt. Im Moment stellen wir einen deutlichen Rückgang der Fälle von Diskriminierung russischer Staatsbürger und russischsprachiger Landsleute fest", erklärte der Botschafter.

* * *

Fortsetzung der Kampagne: Ermittlungen gegen das "Russische Haus" in Berlin

<https://freeassange.rtde.me/inland/160664-fortsetzung-kampagne-ermittlungen-gegen-russische/23.01.2023>

In letzter Zeit läuft es für die NATO-gestützte Ukraine an der Front nicht besonders gut. Auch die Washington ergebene EU stranguliert sich vor allem selbst mit Sanktionen. Nun soll offenbar wenigstens an der deutschen Heimatfront eine Wende im Kampf gegen Russland herbeigeführt werden.

Offensichtlich nach einem vorausgegangenen Druck von Politikern und in Medien hat nun die Berliner Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit den Aktivitäten des "Russischen Hauses" in der deutschen Hauptstadt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es werde geprüft, ob der Betrieb des russischen Wissenschafts- und Kulturzentrums gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoße, teilte der Behördensprecher Sebastian Büchner am vergangenen Freitag Anfrage der *Deutschen Presse-Agentur (dpa)* mit, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. Hintergrund seien die EU-Sanktionen gegen Russland wegen dessen militärischer Sonderoperation in der Ukraine.

Wie die *dpa* und Medien berichten, hat der frühere Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) nach eigenen Angaben in dieser Sache Anzeige erstattet. Gegenüber der *dpa* habe Beck erklärt, es könne nicht sein, dass eine von der EU sanktionierte – wie es despektierlich heißt – "Kulturdependance" in Deutschland "Kreml-Propaganda" betreiben könne, während im Krieg in der Ukraine täglich Menschen sterben. Beck zufolge müssten auch mögliche Versäumnisse der eigentlich dafür "zuständigen" Berliner Behörden bei der Durchsetzung von Sanktionen geprüft werden.

Insbesondere das juristische Internet-Portal *Legal Tribune Online (LTO)* hat sich in den vergangenen Wochen bei der Stimmungsmache gegen das Russische Haus hervorgetan und sich nun damit gebrüstet, als erstes auch über Becks Anzeige berichtet zu haben. Die Juristen bestreiten, dass es sich etwa um eine antirussische Kampagne handele, geben jedoch gleichzeitig zu erkennen, dass sie selbst die Berichterstattung auf *RT DE* genau verfolgen – freilich nicht ohne zu unterstreichen, dass die Inhalte von *RT DE* in Deutschland angeblich gar nicht verbreitet werden dürften.

Dabei stellen sie – ohne Quellenangabe – den von *RT DE* in dieser Sache eingelegten Widerspruch ebenfalls als "Desinformation" dar und bezeichnen vielmehr diese Darstellung von *RT DE* als einen "Angriff" gegen *LTO*. Dass dieses Portal offenkundig eine Agenda verfolgt, und zwar nicht nur gegen das "Russische Haus" und mit allem nur erdenklichen Zorn und Eifer, dürfte somit

überdeutlich werden.

* * *

Frieden mit Russland! – Zwei ehemalige Generäle der DDR rufen zum Protest auf

<https://freeassange.rtde.me/inland/161471-frieden-mit-russland-zwei-ehemalige-ddr-generaele/>
31.01.2023

Zwei offene Briefe an die russische Botschaft schlagen bereits erste Wellen in der Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands. Generäle der Nationalen Volksarmee der DDR protestieren darin gegen den Kriegskurs der Bundesregierung – und fordern "Frieden mit Russland!"

Von Rainer Rupp

Gestern, am 30. Januar, wurden dem Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Sergej Tschuchrow, zwei offene Briefe von zwei ehemaligen Generälen der Nationalen Volksarmee der DDR übergeben.

In diesen beiden Briefen, die sich gut ergänzen, legen Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, ehemaliger stellvertretender Minister, und Generalmajor a.D. Sebald Daum ihre Standpunkte zur aktuellen Kriegshysterie in Deutschland und der NATO dar. Im Gegensatz zum gefährlichen Geschwurbel der politischen und medialen Eliten "im besten Deutschland, das es je gab", mangelt es diesen beiden Briefen weder an Klarheit noch an analytischer Schärfe. Zugleich reflektieren sie bewegende persönliche Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges.

Unter der Überschrift "Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens" schreibt Generalleutnant a.D. Manfred Grätz zum Beispiel, dass es bei dem "häufigen Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht", oft darum geht, "auszuloten, ob wir (in der Eskalation) nicht noch einen Schritt weiter gehen dürfen oder nicht". Für General Grätz sind die Fronten jedoch längst klar. "Wir sind mittendrin (im Krieg). Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat, mit dem 'ehren' Ziel, Russland zu besiegen?"

Besonders gefährlich seien Politiker und sogenannte Experten, die in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten vollkommen ahnungslos und leichtsinnig über das Thema "Eskalation" sinnieren, vielleicht mit Kernwaffen, mit "kleinen taktischen" zunächst. Hiroshima und Nagasaki sind offensichtlich vergessen. Sollen wir alle lernen, die Atombombe zu lieben.

Unter dem Titel "Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland" fragt Generalmajor a.D. Sebald Daum: "Hat man vergessen, dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen?". Dann erinnert er daran, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert haben, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie acht Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat. Und er fragt weiter:

Ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben?"

Und diese Liste der guten Taten ist beeindruckend, vor allem deshalb, weil man so etwas in unseren sogenannten "Qualitätsmedien" nie zu sehen bekommt, denn die tun alles, um Positives über Russland möglichst schnell im Gedächtnisloch verschwinden zu lassen. So wird zum Beispiel nie thematisiert, dass trotz der 27 Millionen sowjetischen Opfer der deutschen Faschisten die Rote Armee und das sowjetische Volk nach 1945 "nicht Gleiches mit Gleichen vergolten und Deutschland nicht mit Hass überzogen haben, wie es zurzeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird".

Am Ende seines Briefes ruft Generalleutnant a.D. Manfred Grätz alle Ehemaligen und deren Freunde und Sympathisanten dazu auf, persönlich Flagge zu zeigen: "Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer, und vergesst Name und Dienstgrad nicht", heißt es da. Und weiter:

"Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen."

Bemerkenswert ist, dass bei diesen Ausführungen jegliche parteipolitische Orientierung fehlt. Wahrscheinlich soll damit betont werden, dass all diejenigen Verbündete sind, die sich für Frieden mit Russland einsetzen, wobei es keine Rolle spielt, mit welchen im Bundestag vertretenen politischen Parteien sie sympathisieren oder welchen sie sich noch zugehörig fühlen. Dieser Standpunkt scheint vor allem in den östlichen Ländern ein Trend zu werden, wo sich Menschen nicht länger von Kriegstreiber-Parteien und -Medien vorschreiben lassen wollen, mit wem sie auf der Straße für Frieden mit Russland demonstrieren.

Die beiden Briefe der zwei Generäle haben im Osten Deutschlands bereits Wellen geschlagen. So hat beispielsweise das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) mit seinen knapp 30 Verbänden, von denen einige im ganzen Land verbreitet sind und noch vieltausendköpfige Mitgliederschaften haben, alle Mitglieder, Sympathisanten und andere besorgte Bürger aufgerufen, analog ihre Stimme zu erheben und ihre Meinung kundzutun.

Die beiden Briefe dokumentieren wir hier im Wortlaut:

Brief eins:

Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens

Von Manfred Grätz, Generalleutnant a.D.

"Es ist wieder so weit. Von ungezählten Menschen befürchtet, von einer geschichtsvergessenen oder die Geschichte arrogant missachtenden Minderheit, die sich berufen fühlt, unser Land zu regieren und in Vasallentreue dem transatlantischen Bündnispartner folgt, herbeigesehnt und -geredet, von einer einmalig gleichgeschalteten Medienlandschaft eifrig unterstützt und nunmehr vom Bundeskanzler offiziell verkündet. Panzer gen Osten ist beschlossenen Sache.

Bei vielen Menschen sträuben sich die Haare, werden ungute Erinnerungen wach, auch bei mir. Damals waren es noch kindliche Erinnerungen.

*Geboren 1935 bin oder war ich faktisch noch ein Kind des 2. Weltkrieges. Zu jung, um schon für den Waffengang des deutschen Faschismus missbraucht zu werden, aber alt genug, um zu verstehen, dass Krieg nur unermessliches Leid, Elend und menschenverachtende Vernichtung bedeutet. Ich verlor meinen Vater. Ein herzlos kalter Brief seines Kompaniechefs vermeldete, dass er offensichtlich 'in heldenhaften Abwehr-Kämpfen gegen den bolschewistischen Feind für Führer, Volk und Vaterland gefallen sei...'.
...*

Gelegentlich tauchen auch schlaglichtartig Erinnerungen auf, wie wir als halbwüchsige Jungen am Bahndamm saßen und die vielen Militärtransporte beobachteten, mit riesigen weißen Lettern beschriftet: 'Räder müssen rollen für den Sieg.' Heute heißt es: 'Deutsche Panzer Richtung Russland.' Parallelen, Ähnlichkeiten sind wohl unschwer zu erkennen. Bombennächte, Fliegeralarm, das brennende Chemnitz unweit meines Dorfes vor Augen, all das trug dazu bei, dass ich schon als Kind den Krieg hassen lernte und den Frieden herbeisehnte. Das Ende des Krieges erlebte ich schließlich als Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Sowjetarmee.

Seit jenen Ereignissen sind nahezu acht Jahrzehnte vergangen. Aus dem damals halbwüchsigen Jungen ist ein 88-Jähriger geworden, in ereignisreicher geschichtsträchtiger Zeit ein erfülltes Leben hinter sich.

38 Dienstjahre für die Erhaltung des Friedens in unserer Nationalen Volksarmee, davon sechs Jahre Studium in der SU, gehören dazu. Ich bekenne mich freimütig, ich liebe dieses Land, wohl wissend, dass das heutige Russland nicht mehr mit der SU vergleichbar ist. Aber die Menschen, deren Väter und Großväter für ihr Vaterland gegen den deutschen Faschismus gekämpft und auch uns befreit haben, sind geblieben. Warmherzige, liebenswerte Menschen, Freunde!

All das und noch viel mehr geht mir durch den Kopf vor dem Hintergrund all dessen, was sich gegenwärtig ereignet. Der Geist ist noch wach, auch nach 88 Jahren.

Es ist eine ganze Gemengelage an Gefühlen und Empfindungen, die mich bewegt, dominiert von Wut und Enttäuschung. Wut kocht in mir hoch, wenn ich die völlig haltlose einseitige Schuldzuweisung an Russland, in der Regel personell an Putin verfolgen muss, an Putin, den Aggressor, Putin den Kriegsverbrecher. Putin ist an allem schuld, was gegenwärtig in der Welt passiert. Vergessen oder bewusst verschwiegen die gesamte Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine, vergessen der Wortbruch des Westens bezüglich der NATO-Osterweiterung, vergessen die Rede Putins vor dem Bundestag anno 2001, in der er die Hand ausstreckte, friedliche Zusammenarbeit anbot und dann mit standing ovations verabschiedet wurde, vergessen auch die Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, als er die NATO-Osterweiterung als Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen ansprach.

Wut kommt auf, wenn Frau Baerbock, immerhin Außenministerin unseres Landes und höchste Diplomatin, völlig ahnungslos und bar jeglichen diplomatischen Geschicks oder gar Anstands vom Leder zieht 'Wir werden Russland ruinieren'.

Auf etwa der gleichen Ebene liegt das häufige Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht, oft dabei den Anschein erweckend, zu suchen und auszuloten, ob wir denn nicht noch einen Schritt weiter gehen dürfen oder nicht. Für mich brotlose Kunst. Längst sind die Fronten klar. Wir sind mittendrin. Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat mit dem 'hehren' Ziel, Russland zu besiegen?

Gefährlich auch, wenn Politiker und sog. Experten in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten über das Thema Eskalation, vielleicht mit Kernwaffen, mit 'kleinen taktischen' zunächst, sinnieren, ahnungslos und leichtsinnig. Vergessen schon Hiroshima und Nagasaki, jene zwei japanischen Städte, die das Opfer des ersten Atombombenabwurfes auf bewohntes Territorium wurden, ohne jede militärische Notwendigkeit. Zu diesem Zeitpunkt war der 2. Weltkrieg längst entschieden, in Europa, wie auch in Fernost. Und das waren bekanntlich nicht die Russen! Vergessen all das Leid und Elend, all die nach Zehntausenden zählenden Toten, und die Jahrzehnte währenden Langzeitwirkungen, die diese nach heutigen Maßstäben 'zwei kleinen Kaliber' bewirkten. Unvorstellbar und verantwortungslos ein solches Spiel mit dem Feuer in der Gegenwart! Da sage

ich als ehemaliger Militär all jenen, die an ein solches Abenteuer nur denken: Kriegsverbrechen!

Apropos Kriegsverbrechen! Spricht da noch jemand davon im Zusammenhang mit Hiroshima und Nagasaki? Vergessen! Zu den Akten gelegt, das bis dato größte Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte, begangen von den USA.

Nicht nur bedauerlich, sondern auch besorgniserregend finde ich, dass unsere in Regierungsverantwortung stehenden Politiker auch noch beratungsresistent sind. Ich denke hier dabei an die Tatsache, wie die Meinung erfahrener Militärs, Spezialisten ihres Berufes, mehr und mehr in den Hintergrund tritt, besser getreten wird, sie nicht mehr für die Öffentlichkeit wahrzunehmen ist. Muss es nicht bedenklich stimmen, wenn ein General Kujat, exzellenter Kenner der Materie, auch oder besonders der NATO, seine beachtenswert realen Einschätzungen der Lage in einem Schweizer Journal unterbreiten muss? Oder wenn sich ein General Vad, ehemaliger militärischer Berater von Frau Merkel, im Journal EMMA von Alice Schwarzer äußert (nicht missverstehen, Respekt für Frau Schwarzer!).

Oder wenn sogar der Generalstabschef der US-Armee, General Milley, für seine reale Einschätzung der Lage in der Ukraine von der Biden-Administration einen Rüffel einstecken musste und über seine Erkenntnisse der Mantel des Schweigens ausgebreitet wird?

Von anderen Militärs, gar von Ehemaligen aus der NVA, will ich hier gar nicht sprechen, die könnten ja die Russen gut kennen!

Alles nach dem Motto 'Es kann nicht sein, was nicht sein darf'. Es bleibt dabei, mit deutscher Vasallentreue folgen wir getreu der auf die Weltherrschaft ausgerichteten Kriegspolitik der USA, unseres wichtigsten transatlantischen Verbündeten. Quo vadis, Deutschland? Frage ich mich da. Oder um es mit Heinrich Heine zu sagen: 'Denk ich an Deutschland in der Nacht, so werd' ich um den Schlaf gebracht!'.

Noch ein Wort an alle Mitglieder und Sympathisanten unseres Verbandes, an meine Genossen und Freunde.

Erhebt Eure Stimme, versteckt Euch nicht.

Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer, und vergesst Name und Dienstgrad nicht.

Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen.

Gemeinsam sind wir stärker.

Geht mit auf die Straße, sofern Ihr noch rüstig und mobil seid. Redet mit den Leuten, trotz unterschiedlicher Interessen, die dort vertreten sind.

Krieg will von den Demonstranten keiner.

All das sagt mir mein Gewissen. Bitte, prüft auch das Eure."

Brief zwei:

Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland

Von Sebald Daum, Generalmajor a.D.

"Mit der Entscheidung des Bundeskanzlers der BRD Herrn Scholz und seiner Regierung, nun doch der Ukraine 14 'Leopard-2' Panzer zu liefern und den anderen Ländern der NATO es zu gestatten, auch diese Leopard-Panzer der Ukraine zur Verfügung zu stellen, tritt Deutschland in eine neue Phase der Kriegsbeteiligung gegen Russland ein und verwirklicht so die Aussage seiner Außenministerin, im Krieg mit Russland zu stehen.

Mit dieser Entscheidung verlängert Deutschland nicht nur das Sterben in der Ukraine, sondern wird Kriegspartei. Gleichzeitig wird Russland immer mehr zum Feind des deutschen Volkes aufgebaut und man zerstört endgültig all das, was einmal wichtig war in den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, insbesondere im Osten sowie in der BRD insgesamt.

Ich möchte deshalb nur an einige wichtige Fakten erinnern:

- dass die Sowjetunion den größten Anteil an der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus hat mit über 27 Millionen Toten,*
- dass nach 1945 die Rote Armee und das sowjetische Volk nicht Gleiches mit Gleichen vergolten und Deutschland mit Hass überzogen haben, wie es zurzeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird,*
- dass die Sowjetunion und Russland entscheidend waren für die Wiedervereinigung Deutschlands, denn ohne ihre Zustimmung hätte es kein 'Einig Deutsches Vaterland' gegeben,*
- dass Russland seine Besatzungstruppen freiwillig, im guten Glauben an gute nachbarliche Beziehungen, abgezogen hat, während die amerikanischen Besatzungstruppen weiter im Lande sind,*
- dass Russland zugestimmt hat, dass Deutschland nicht neutral, sondern in der NATO bleiben darf,*
- dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen,*
- und letztlich sei daran erinnert, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie 8 Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat.*

Hat man das alles vergessen, ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben, oder sind wir schon wieder so weit, ein drittes Mal gegen Russland in den Krieg zu ziehen? Sollen deutsche Panzer 'Leopard', wie einst deutsche 'Tiger', gegen Russland rollen. Hat man die Ergebnisse von Stalingrad und Kursk so schnell vergessen, oder will man diese Niederlagen revidieren?

'Nie wieder Krieg' galt in Deutschland als ungeschriebenes Gesetz. Nie wieder darf in Deutschland deshalb Hass und Kriegsgeschrei gegen Russland die Oberhand gewinnen, nie wieder darf ein 'Wollt ihr den totalen Krieg'-Geschrei uns gegen die Völker Russlands aufhetzen.

Deshalb erhebe ich meine Stimme zum Protest, gegen diese Lieferung von Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland, die für die Verlängerung des Krieges und des Mordens in

der Ukraine stehen. Mögen die Stimmen der Vernunft die Oberhand gewinnen und mögen Unzählige in diesem Sinne mithelfen, den Krieg zu verhindern."

* * *

Die Uran-Munition westlicher Panzer ist eine nukleare Bedrohung

<https://freeassange.rtde.me/europa/161458-uran-munition-westlicher-panzer-ist-nukleare-bedrohung/>
31.01.2023

USA und NATO haben eine unrühmliche Tradition: Den Einsatz schwachradioaktiver Munition und Panzerung. Zusammen mit den angekündigten Lieferungen von Kampfpanzern könnte beides in die Ukraine gelangen und Mensch und Umwelt dort massiv gefährden. Russische Experten warnen vor den Folgen.

Von Olesja Otrokowa und Aljona Sadoroschnaja

Westliche Panzer, die in der Ukraine landen, können die mit Uran abgereicherte Munition verwenden. Diese Waffen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit sowohl des Militärs als auch der Zivilbevölkerung dar, denn jedes dieser Geschosse ist eine kleine schmutzige Atombombe. In der Vergangenheit hatte Jugoslawien mit Problemen der radioaktiven Verseuchung durch westliche Munition zu kämpfen. Mit welchen Folgen ist zu rechnen, wenn die ukrainischen Streitkräfte (AFU) Uranmunition einsetzen?

Unmittelbar nach der Ankündigung Deutschlands und der USA, ihre Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, warnte Russland, dass der Einsatz kleinkalibriger panzerbrechender Geschosse mit Uran-Kernen dem Einsatz schmutziger Atombomben gleichkäme. Konstantin Gawrilow, Leiter der russischen Delegation bei den Wiener Gesprächen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle, sagte letzte Woche, der Einsatz solcher Geschosse führe zu einer Kontaminierung des Terrains. Er erinnerte daran, dass sich ähnliche Ereignisse mit solchen Geschossen bereits in Jugoslawien und im Irak ereignet hatten.

Die Urankernmunition könnte in deutschen Leopard-2-Panzern, britischen Challenger-2-Panzern, US-amerikanischen M1 Abrams, Bradley- und Marder-Schützenpanzern, A-10-Kampfflugzeugen und anderer Militärtechnik zum Einsatz kommen.

Solche Munition wurde erstmals von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg verwendet. In den 1970er Jahren war das Pentagon mit der dringenden Notwendigkeit konfrontiert, die Geschosse zu modernisieren, um der verbesserten Panzerung der sowjetischen schweren Maschinen zu entsprechen. Abgereichertes Uran ist im Vergleich zu Wolfram ein sehr hartes und billiges Material. Er wird auch für die Panzerung und als Beschwerungsmaterial für die Balance von Flugzeugen verwendet. Abgereichertes Uran ist toxisch und stellt beim Eindringen in den Körper ein Strahlenrisiko dar.

Die Abrams-Panzerung enthält Uran. *Politico* schreibt jedoch, dass die Ukraine nur Abrams in der Ausführung ohne Uranpanzerung erhalten könne, da dies eine geheime Technologie sei, die für den Export nicht vorgesehen ist. Was die Geschosse mit abgereicherten Urankernen angeht, so steht im Artikel nichts darüber. Die Vereinigten Staaten haben übrigens Exportversionen von Munition mit Wolframkern. Sie sind härter als Uran, doch wesentlich teurer.

Der Experte für Kernenergie Alexei Anpilogow erläutert, dass Urankerne aufgrund ihrer hohen Dichte und ihrer Fähigkeit, sich bei Kontakt mit Luft unter dem Einfluss hoher Temperaturen zu

entzünden (pyrophore Stoffe), die Wirksamkeit der Munition erhöhen:

"Beim Auftreffen des Geschosses auf die Panzerung entsteht zwangsläufig eine hohe Temperatur – die kinetische Energie des Geschosses wird gelöscht und in Wärme umgewandelt, wodurch die selbständig ablaufende exotherme Reaktion in Gang gesetzt wird."

Seinen Worten zufolge besteht die Außenhülle des Geschosses aus weichem Blei, Kupfer oder Messing, in dessen Mitte sich Uranschnitz befindet:

"Beim Aufprall bildet das weiche Metall eine Art Schmiermittel, sodass der Stab die Panzerung durchdringen kann. Da Uran als radioaktives Element pyrophor ist, entsteht bei der Explosion Staub, der sich auf der Oberfläche der Maschine, in den Lungen der Soldaten und in der Umgebung ablagert. All dies wird vom Wind über weite Entfernungen verteilt. Obwohl das Material abgereichert ist, bleibt es für den Menschen sehr gefährlich, wenn es in den Körper gelangt."

Anpilogow erinnert daran, dass die USA während der Operation Wüstensturm im Jahr 1991, in Jugoslawien im Jahr 1999 und während der Invasion des Irak im Jahr 2003 massiv Geschosse mit Uranstäben eingesetzt haben. Dies kam ans Licht, nachdem bei US-Soldaten in erheblicher Zahl Symptome der Strahlenkrankheit auftraten.

"Das Pentagon versuchte, trotz einer Vielzahl an Klagen, dies nicht öffentlich werden zu lassen. Doch die Anzahl der onkologisch Erkrankten stieg auch im Irak und in Jugoslawien zur gleichen Zeit an. Washington bestritt natürlich jede Verantwortung dafür",

so Anpilogow.

Im Jahr 2021 begannen Tausende von Serben einen Rechtsstreit gegen die NATO, um eine Entschädigung für die Bombardierung Jugoslawiens mit Uranmunition zu erhalten. Die Folgen jener Angriffe werden als "Balkansyndrom" bezeichnet. In der Region kam es zu einer ökologischen Katastrophe und zu einem Anstieg der Krebserkrankungen.

Den Berechnungen des serbischen Wissenschaftlers und Akademikers Ljubiša Rakić (verstorben am 14. Oktober 2022) zufolge hätte die Menge an abgereichertem Uran, die während der NATO-Aggression in die Balkanländer gelangte, ausgereicht, um 170 Atombomben zu bauen, jede davon so groß wie die am 6. August 1945 auf Hiroshima abgeworfene. Zuvor hatte auch Japan von den Vereinigten Staaten verlangt, für Umweltschäden aufzukommen, die durch das Training der Luftwaffe mit abgereichertem Uran in Okinawa entstanden sind.

Laut Anpilogow hat Munition mit abgereichertem Uran die gleichen Auswirkungen wie eine schmutzige Atombombe (jedes konventionelle Geschoss, das radioaktive Substanzen mit einer Druckwelle zerstäubt), lediglich in einer geringeren Konzentration.

"Einigen Schätzungen zufolge wurden im Irak und in Jugoslawien mehrere hundert Tonnen solcher Munition eingesetzt. Und das übersteigt bei weitem das Volumen einer möglichen schmutzigen Atombombe",

hält der Experte fest.

Alexander Bartosch, Militärexperte und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Militärwissenschaften, ergänzt, dass die Verwendung von Geschossen mit Urankernen aus der

Ferne nicht erkannt werden kann:

"Die radioaktive Strahlung dieser Geschosse ist zu gering, um von geeigneten Instrumenten erfasst zu werden. Daher wird man den Einsatz von Uranmunition in der Ukraine anhand ukrainischer Deserteure aus der Panzerbesatzung oder durch Beschlagnahme eines Satzes solcher Munition durch unser Militär herausfinden können. In beiden Fällen wird dies ein Beweis für die Verwendung von Geschossen mit uranhaltigen Elementen sein."

Dieser Experte hält es für verfrüht, Entwarnung zu geben und zu glauben, dass die amerikanischen Abrams ohne ihre spezielle Uranpanzerung an die Ukraine geliefert werden:

"Möglicherweise werden die Amerikaner tatsächlich zuerst Panzer mit konventioneller Panzerung und ohne Urangeschosse liefern, um uns in die Irre zu führen. Doch mit der Zeit kann sich das ändern."

Bartosch stimmt Anpilogow zu, dass der Einsatz von Uran mit schwerwiegenden Folgen für die ukrainische Bevölkerung verbunden ist. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die ukrainischen Streitkräfte zum absichtlichen Einsatz von Uranmunition veranlassen würde:

"Etwas anderes ist vom Kiewer Regime nicht zu erwarten, angesichts der Tatsache, dass die Ukraine derzeit ein Gebiet ist, von dem eine Vielzahl biologischer, chemischer, bakteriologischer und radioaktiver Gefahren ausgeht."

Ihm zufolge würden die internationalen Konventionen den Einsatz von Urangeschossen nicht explizit verbieten, doch handele es sich um eine äußerst gefährliche Waffe. In den Gebieten Jugoslawiens, wo Uranmunition eingesetzt wurde, sei die Sterblichkeitsrate der Anwohner an Leukämie und anderen Krebserkrankungen um 20 bis 30 Prozent gestiegen. Bartosch stellt sich deshalb hinter die Aussage des russischen Außenministeriums, dass der Einsatz solcher Waffen einer schmutzigen Bombe gleichkomme. Es gibt zwar keine nukleare Explosion, aber die radioaktive Verseuchung werde "ziemlich hoch" sein.

Eine weitere Quelle nuklearer Bedrohung geht von ukrainischen Kernkraftwerken aus, die von ukrainischen Streitkräften als Waffendepots genutzt werden. Wie der Leiter der Abteilung für Journalismus und Massenkommunikation der Staatlichen Universität Cherson, Alexander Malkewitsch, feststellte, hält sich die Ukraine "in keiner Weise an die Gesetze des Krieges". Aus diesem Grund wird jeder Unfall in einem Atomkraftwerk für Kiew ein Vorwand sein, Russland zu beschuldigen, eine "nukleare Bedrohung für Europa" zu sein, ist der Experte überzeugt.

"Und alles nur aus einem Grund: Die Ukraine hat es sich zur Aufgabe gemacht, die NATO durch solche absolut provokative Aktionen in eine direkte Konfrontation mit uns (mit Russland - d. Red.) hineinzuziehen",

so Malkewitsch abschließend.

Übersetzt aus dem Russischen (<https://vz.ru/world/2023/1/27/1196829.html>). Zuerst erschienen bei Wsgljad.

* * *

Analyse

Emmanuel Todd: Der Dritte Weltkrieg hat bereits begonnen

<https://freeassange.rtde.me/europa/159875-emmanuel-todd-dritte-weltkrieg-hat/>
15.01.2023

Für den französischen Historiker Emmanuel Todd hat der Dritte Weltkrieg bereits begonnen. Das imperiale US-System bewege sich im Konflikt mit Russland auf den Abgrund zu. Besonders die Europäer sieht Todd dabei als Verlierer.

Von Dagmar Henn

Der französische Historiker Emmanuel Todd, der dem Niedergang der USA bereits 2002 ein Buch gewidmet hatte, sieht diese unter Zeitdruck. In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* sagte Todd: "Biden muss sich jetzt beeilen. Amerika ist zerbrechlich, und der Widerstand der russischen Wirtschaft schiebt das imperiale System der USA auf den Abgrund zu." Den schwindenden Einfluss auf der Welt versuchten sie auszugleichen, indem sie ihre "ursprünglichen Protektorate" stärker unter Druck setzten:

"Wenn die russische Wirtschaft langfristig den Sanktionen widersteht und es ihr gelingt, die europäische Wirtschaft auszubluten und mit chinesischer Unterstützung zu überleben, dann wird die monetäre Kontrolle der USA über die Welt zusammenbrechen und mit ihr die Möglichkeit der USA, ihr ungeheures Handelsdefizit für beinahe nichts zu finanzieren. Dieser Krieg ist für die USA existenziell."

Todd ist überzeugt, dass der Dritte Weltkrieg bereits begonnen hat:

"Es ist offenkundig, dass der Konflikt, ursprünglich ein begrenzter Territorialkrieg, sich zu einer globalen wirtschaftlichen Konfrontation zwischen dem ganzen Westen auf der einen und Russland, unterstützt von China, auf der anderen [Seite] entwickelt hat, ein Weltkrieg geworden ist."

Er wagt sogar eine Zeitprognose und spricht von fünf Jahren. Nachdem Todd schon in seinem Buch von 2002 den Europäern geraten hatte, auf Abstand zu den Vereinigten Staaten zu gehen, aber genau das Gegenteil erfolgt ist, sieht er die Lage für Europa pessimistisch. "Wir zählen die Quadratkilometer, die die Ukrainer eingenommen haben, während die Russen auf den Absturz der europäischen Wirtschaften warten. Wir sind ihre Hauptfrontlinie."

Obwohl augenblicklich nach Sicht von Todd sowohl die USA als auch Russland ein Interesse am wirtschaftlichen Scheitern Europas haben, beruht das russische auf Selbstverteidigung, während das US-amerikanische Interesse darauf beruht, Reste imperialer Macht halten zu wollen.

Der interessanteste Punkt an den Aussagen von Todd ist allerdings, dass sie in einem Interview in *Le Figaro* erschienen. *Le Figaro* ist eine konservative französische Zeitung, die dem Rüstungsunternehmer Serge Dassault gehört. Zusammen mit *Le Monde* ist die Zeitung das Herz des französischen Mainstreams, ähnlich wie in Deutschland die *FAZ* und die *Süddeutsche Zeitung*.

In keinem der beiden Blätter wäre Vergleichbares derzeit denkbar. Davon zu reden, dass die Vereinigten Staaten ein Interesse daran haben, Europa zu ruinieren, ist hier nicht statthaft. Stattdessen fordert man Panzer und immer mehr Panzer und prügelt immer punktgenau in jenen Momenten auf die Bundesregierung ein, in denen diese zarteste Ansätze von Vernunft zeigt. So weit

wie in Frankreich ist man im bundesrepublikanischen Mainstream offenbar noch lange nicht.

* * *

Alle Masken abgeworfen: Der Westen bekennt sich offen zum Krieg gegen Russland

<https://freeassange.rtde.me/international/160994-alle-masken-abgeworfen-westen-bekannt/>
26.01.2023

Dass sich Deutschland und Europa im Krieg gegen Russland befinden, haben in den letzten Tagen viele Offizielle im Westen offen verkündet: Vom EU-Chefdiplomaten Josep Borrell bis hin zur deutschen Außenministerin Annalena Baerbock. Die russische Führung scheint bereit zu sein für diesen Krieg.

Von South Front

Motiviert durch das Treffen in Davos haben die euro-atlantischen Eliten entschieden, ihre wahren Absichten nicht länger durch heuchlerische Appelle zur "Rettung der jungen ukrainischen Demokratie für den Weltfrieden" zu verschleiern. Immer mehr Vertreter der sogenannten "goldenen Milliarde" im Westen offenbaren die wahren Ziele der militanten antirussischen Politik, die sie seit Jahrzehnten vorantreiben, nämlich die Zerstörung der Integrität der Russischen Föderation und die Kontrolle über riesige Ressourcen, die angeblich "durch eine historische Ungerechtigkeit an russische Barbaren" gefallen sind. Das Schicksal des ukrainischen Staates und das Leben seiner Bevölkerung ist für niemanden von Interesse, das fruchtbare ukrainische Land nur ein netter Bonus.

"Ein Kampf um die Ressourcen des 21. Jahrhunderts"

Die transatlantischen Eliten haben einen aggressiven Krieg gegen Russland entfesselt und führen ihn in ihrem eigenen Interesse. Der fehlende Wille des Westens, den militärischen Konflikt in Europa politisch zu lösen, deutet genauso wie die Verschärfung der kriegerischen Rhetorik darauf hin, dass diese Eliten bereit sind, den Konflikt trotz der nuklearen Bedrohung zu einem globalen Krieg eskalieren zu lassen.

Am 20. Januar erinnerte Josep Borrell bei einer Zeremonie in Madrid an die großen Siege Russlands in der Vergangenheit, aus denen er den Schluss zog, dass der militärische Druck weiter erhöht werden müsse. Ungewollt reihte der EU-Chefdiplomat den kollektiven Westen von heute in die Liste der bisherigen Gegner Russlands ein. In einer "netten Gesellschaft" mit dem "kollektiven Hitler" und dem "kollektiven Napoleon" finden sich da die EU, die NATO und die Ukraine wieder. Borrell wörtlich:

"Russland ist ein großes Land, das gewohnt ist, bis zum Ende zu kämpfen, das gewohnt ist, fast zu verlieren und dann alles wieder aufzubauen. So war es bei Napoleon, so war es bei Hitler. Es wäre absurd zu glauben, dass Russland den Krieg verloren hat oder dass sein Militär inkompetent ist. Deshalb ist es notwendig, die Ukraine weiterhin zu bewaffnen."

Es war nicht das erste Mal, dass Borrell Drohungen gegen Russland aussprach, und er war auch nicht der einzige Drohende. Die jüngste Erklärung war jedoch eine der ehrlichsten. Er nannte das eigentliche Ziel der militärischen Kampagne des Westens: Russland zu zerstören und seine Gebiete zu erobern – so, wie es bereits Hitler und Napoleon versucht hatten.

Vor dem Hintergrund der Offenbarungen westlicher Politiker waren die Worte der kanadischen Vize-Premierministerin Chrystia Freeland auf dem Forum in Davos besonders interessant. Sie

unterstützte die Position Borrells und erklärte, dass eine russische Niederlage "einen großen Schub für die Weltwirtschaft" bedeuten würde. Freeland, deren Großvater Mitglied der nationalistischen Gruppe OUN-UPA des Offiziers Andrej Melnik war, stand in den letzten Jahren mehrfach im Rampenlicht, weil sie ukrainische Nazis unterstützte und russophobe Äußerungen tätigte.

EU und NATO sind Kriegspartei

Vor dem Hintergrund der härteren westlichen Rhetorik und anhaltender Niederlagen der ukrainischen Armee auf dem Schlachtfeld wurde Anfang 2023 auch die militärische Unterstützung für das Marionettenregime in Kiew verstärkt. Während Europa in den Lagern nach Panzern für die ukrainischen Soldaten sucht, hat Washington bereits ein neues Militärhilfepaket in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar angekündigt.

Die NATO und Washington machen keinen Hehl daraus, dass sie nicht nur die ukrainische Armee ausrüsten, sondern auch die notwendigen nachrichtendienstlichen Informationen liefern, die ukrainischen Truppen auf dem Schlachtfeld kommandieren und die Kontrolle über die militärischen Entscheidungen übernehmen.

Führende US-Medien behaupten, dass "die USA dem ukrainischen Militär angeblich geraten haben, sich aus Bachmut zurückzuziehen", oder dass "die USA bei der Planung von Gegenoffensiven in der Ukraine helfen". Berichten zufolge werden die USA die Ukraine bei der Planung von Gegenoffensiven zur Rückeroberung "besetzter Gebiete, einschließlich der Krim", unterstützen.

Der Abgeordnete der russischen Staatsduma für die Krim, Michail Scheremet, zu alldem:

"Russland hat nicht versucht, den Konflikt zu eskalieren, aber die westlichen Länder haben rote Linien überschritten und bedrohen unsere nationalen Interessen. In den USA ist nun die Rede davon, die ukrainische Aggression gegen die Krim und neue russische Gebiete zu unterstützen. Das Kiewer Regime muss erkennen, dass die Unterstützung der westlichen Länder ihm und der Ukraine grausam zuspielden wird. Je mehr sich die westlichen Länder in die Angelegenheiten der Ukraine einmischen, desto weiter wird sich die Grenze unserer Spezialoperation ausdehnen, um eine Pufferzone zu schaffen und unser Land vor den feindlichen Nachbarn zu schützen."

Das Handeln der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten führt die Welt in eine globale Katastrophe. Wenn von Washington und den NATO-Staaten gelieferte Offensivwaffen für Angriffe auf russische Städte eingesetzt werden, werden die russischen Militärbefehlshaber unweigerlich Vergeltung üben. Dann würden andere, leistungsfähigere Waffen eingesetzt, und die Reichweite der russischen Angriffe würde sich erheblich vergrößern. Die USA und die NATO würden Russland zwingen, seine Taktik zu ändern, und die Angriffe würden sich nicht nur gegen die vom Kiewer Regime genutzte militärische und strategische Infrastruktur richten.

Der Versuch, sich selbst und die eigene Bevölkerung davon zu überzeugen, dass "Putin den roten Knopf nicht drücken wird, weil er es bisher nicht getan hat", schlägt fehl. Das Argument, dass es keine nukleare Bedrohung gibt, weil die Atommächte nie strategische Atomwaffen in lokalen Konflikten eingesetzt haben, ist unhaltbar. Die Atommächte waren noch nie mit einer solchen Bedrohung der Sicherheit und territorialen Integrität ihrer Bürger konfrontiert, wie sie die NATO heute für Russland darstellt.

Die Verschärfung der westlichen Rhetorik bis hin zu unverhohlenen Drohungen mit der Zerstückelung des russischen Staates ist in Moskau deutlich zu hören. Die politische Führung Russlands, die bis jetzt versucht hatte, den Dialog mit ihren "westlichen Partnern" auf der

Grundlage realpolitischer Prinzipien und unter Einhaltung der Grundprinzipien des internationalen öffentlichen Rechts zu führen, scheint ihre Position endgültig geändert zu haben. Nach einem Jahr militärischer Kämpfe ist klar geworden, dass die derzeitige Konfrontation vom kollektiven Westen nicht einmal in den letzten acht Jahren, sondern schon vor Jahrzehnten geplant wurde, spätestens seitdem etwa 2004 klar wurde, dass Russland versucht, sich von den neokolonialen Fesseln der postsowjetischen Zeit zu befreien.

Moskau sieht keine Möglichkeit mehr, den Konflikt mit den NATO-Staaten friedlich zu lösen

Die Jahrespressekonferenz des russischen Außenministers Sergei Lawrow war eine bemerkenswerte Bestätigung dafür. Der russische Minister beschrieb die derzeitige Lage auf der internationalen Bühne äußerst scharf:

"Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist das Ergebnis jahrelanger Vorbereitungen der USA und ihrer Satelliten, um einen globalen hybriden Krieg gegen die Russische Föderation zu führen. Niemand verheimlicht dies. Wenn Sie unvoreingenommene westliche Persönlichkeiten, darunter Politikwissenschaftler, Gelehrte und Politiker, lesen, können Sie sich davon überzeugen. Erst neulich erschien ein Artikel von Ian Bremmer, Professor an der Columbia University. Er schrieb: 'Wir befinden uns nicht in einem 'kalten Krieg' mit Russland. Wir befinden uns in einem 'heißen Krieg' mit Russland.'"

Lawrow weiter:

"Diese Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Es ist seltsam, dass Menschen versuchen, sie zu widerlegen. Der kroatische Präsident Milanović sagte kürzlich, dass dies ein Krieg der NATO sei. Vor einigen Wochen schrieb Henry Kissinger (bevor er in seinem letzten Artikel die Aufnahme der Ukraine in die NATO forderte), dass es sich bei den Ereignissen in der Ukraine um einen Zusammenstoß zwischen zwei Atommächten um die Kontrolle über dieses Gebiet handelt. Es ist klar genug, worum es hier geht."

Die "westlichen Partner", so der russische Außenminister, täuschen sich nur selbst, wenn sie dies leugnen und behaupten, dass sie sich nicht im Krieg mit Russland befinden, sondern der Ukraine nur helfen würden, mit der "Aggression" fertigzuwerden. Der Umfang der Unterstützung zeige, dass der Westen alles auf seinen Sieg gegen Russland gesetzt hat. Lawrow:

Alles ist im Spiel. Die vom Westen, allen voran den USA, geschaffenen Mechanismen, die als unantastbar galten, sind zerstört worden. Der freie Markt, der faire Wettbewerb, das freie Unternehmertum, die Unverletzlichkeit des Eigentums, die Unschuldsvermutung – alles, worauf das westliche Modell der Globalisierung aufgebaut war – brach über Nacht zusammen. Sanktionen gegen Russland und andere 'unerwünschte' Länder werden im Widerspruch zu diesen Postulaten und Mechanismen verhängt. Es ist klar, dass sie morgen oder übermorgen gegen jeden Staat eingesetzt werden könnten, der auf die eine oder andere Weise nicht bedingungslos den amerikanischen Befehlen folgt."

Paradoxerweise zieht Lawrow dieselben Parallelen wie sein europäischer Gegenspieler Borrell:

"So, wie Napoleon praktisch ganz Europa gegen das Russische Reich mobilisierte, so, wie Hitler die meisten europäischen Länder 'unter Waffen' stellte und sie gegen die Sowjetunion warf, haben die USA eine Koalition aus praktisch allen Europäern in der NATO und der EU gebildet und führen mit den Händen der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen unser Land mit demselben Ziel – der endgültigen Lösung der 'russischen Frage'."

In letzter Zeit wurde in der Öffentlichkeit über personelle Veränderungen in der russischen politischen und militärischen Verwaltung berichtet. Vor allem in den wichtigsten politischen Gremien, wie der Präsidialverwaltung, dem Sicherheitsrat, den Sonderdiensten, kam es zu Wechseln in den Spitzenpositionen. Gegen mehrere hochrangige Beamte wurden Überprüfungen eingeleitet, ihre Verbindungen zum Ausland und mögliche korrupte Praktiken werden untersucht.

Auch im Verteidigungsministerium hat es Veränderungen gegeben. Armeegeneral Gerassimow wurde zum Befehlshaber der russischen Truppen in der Ukraine ernannt, wodurch die Befehlskette verkürzt wurde. Außerdem wurden neue Generäle für eine Reihe von Schlüsselpositionen im Verteidigungsministerium ernannt. Im Januar begann das russische Militär, die Luftabwehr der Hauptstadt zu verstärken.

All dies spiegelt eine veränderte Sichtweise im Kreml auf das Geschehen und seine Bereitschaft wider, auf die Herausforderung zu reagieren. Die Aggression der transatlantischen Eliten ist von Russland endlich angemessen beantwortet worden. Leider bedeutet die unnachgiebige Position des Westens, dass die Welt nicht auf ein baldiges Ende des Krieges in Europa hoffen kann. Eine Eskalation des Konflikts ist wahrscheinlich.

Übersetzt aus dem Englischen. Der Artikel ist auf der Plattform Southfront (<https://southfront.org/all-masks-thrown-off/>) erschienen.

* * *

Deutschland gesteht den Krieg Europas gegen Russland ein

<https://freeassange.rtde.me/international/161103-deutschland-gesteht-krieg-europas-gegen/27.01.2023>

Die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat ausgesprochen, was viele längst vermuteten: Der "kollektive Westen", Deutschland inklusive, führt einen Krieg gegen Russland. Der Artikel fasst einige russische Reaktionen darauf zusammen.

Von Andrej Restschikow

Die Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland, Annalena Baerbock, hat laut ausgesprochen, was kein Politiker der NATO-Länder zuvor gesagt hat: Europa führt Krieg gegen Russland. Die Erklärung der Ministerin erfolgte während der parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) am Dienstag, auf der sich Baerbock gegen Vorwürfe wehren musste, es gebe Verzögerungen bei der Lieferung von Panzern an die Ukraine. Das Außenministerium Russlands hat bereits auf diese Erklärung reagiert. Mit welchen Konsequenzen ist Baerbocks Eingeständnis eines nicht erklärten Krieges verbunden?

Die Aussagen von Annalena Baerbock und der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel sprechen dafür, dass der Westen von vornherein einen Krieg gegen Russland geplant hat, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Am Mittwoch zitierte sie auf ihrem Telegram-Kanal die Worte Baerbocks, die ebenfalls auf der Sitzung der PACE gesagt wurden, es müsse mehr "zum Schutz der Ukraine" getan werden.

Es war eine Antwort der Ministerin auf die Frage der norwegischen Abgeordneten Ingrid Schulerud, die wissen wollte, wann Deutschland die Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine beschließen werde. Daraufhin erwiderte Baerbock, dass gegenseitige Anschuldigungen und Vergleiche der Liefermengen für die Ukraine nicht hilfreich seien:

"Der wichtigste und entscheidende Teil ist, dass wir es gemeinsam tun und dass wir uns in Europa nicht gegenseitig die Schuld zuschieben, weil wir einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander führen."

Ihrer Meinung nach führe der Streit über die Benennung von Liefermengen konkreter Länder zur Spaltung des geeinten Europas und zu seiner Schwächung angesichts eines "gemeinsamen Feindes".

"Nimmt man dazu noch die Offenbarungen [der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela] Merkel, darüber, dass sie die Ukraine [für die Kampfhandlungen] stärkten und nicht auf die Minsker Vereinbarungen setzten, dann sprechen wir von einem geplanten Krieg gegen Russland. Und behaupten Sie im Nachhinein nicht, Sie hätten es nicht gehört",

bemerkte Sacharowa.

Bekanntlich hatte Merkel im Dezember vergangenen Jahres in einem Interview für die Wochenzeitung *Die Zeit* (wie später auch im Spiegel – d.Red.) gesagt, dass die deutschen und französischen Vermittlungsbemühungen im Minsker Format darauf abzielten, der Ukraine Zeit zu geben, um "stärker zu werden":

"Das Minsker Abkommen von 2014 war ein Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sehen kann."

Diesen Worten stimmte der ehemalige französische Präsident François Hollande zu, der überzeugt ist, dass die Ukraine ihr militärisches Potenzial seit 2014 ausgebaut hat:

"In der Tat war die ukrainische Armee ganz anders als im Jahr 2014. [Heute] ist sie besser ausgebildet und besser ausgerüstet. Es ist ein Verdienst der Minsker Vereinbarungen, dass Kiew diese Chance bekommen hat",

sagte Hollande.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte daraufhin sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, die Worte von Frau Merkel seien unerwartet und enttäuschend.

Seit Jahresbeginn haben die westlichen Länder intensiv über die Lieferung schwerer deutscher Leopard-2-Panzer an die Ukraine verhandelt. Zunächst verschob Deutschland seine Entscheidung über Lieferungen und begründete seine Haltung unter anderem mit der historischen Vergangenheit des Landes. Am Mittwoch kündigte die deutsche Regierung jedoch die Versorgung der Ukraine mit 14 Leoparden an. Die Bereitschaft zu diesen Lieferungen haben daneben Polen, Finnland, die Niederlande und Dänemark signalisiert.

Der Vorsitzende des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Fjodor Lukjanow, ist der Meinung, dass "die Erklärungen deutscher offizieller Vertreter überzeugend demonstrieren, dass die Teilnahme am Krieg, wie auch immer diese verschleiert und gerechtfertigt wird, eine Teilnahme am Krieg ist".

"Selbst auf der Ebene der Kommunikation bricht es ständig hervor. Man kann es nicht kaschieren. Da kann Scholz erzählen, was er will, ob niemals oder auf keinen Fall. Das Leben nimmt seinen Lauf. Eine andere Sache ist, dass diese Beteiligung natürlich weitaus intensiver sein kann, aus diesem Grund ist es für Russland noch zu früh, sich in die Brust zu schlagen, wir sind "im Krieg mit der NATO". Bisher ist es nur etwas Oberflächliches. Jedes Unglück hat jedoch seinen Anfang",

schrieb Lukjanow auf seinem Telegram-Kanal.

Der Generaldirektor des russischen Rates für Auswärtige Angelegenheiten, Andrej Kortunow, erinnerte daran, dass Baerbock schon immer "radikale Positionen" vertreten habe:

"Der Konflikt zwischen den Grünen und den Sozialdemokraten war von Anfang an sehr ernst. Bundeskanzler Olaf Scholz rief zur Mäßigung und Zurückhaltung auf, während Baerbock zur Entschlossenheit und Kompromisslosigkeit neigte. Weitaus stärker als Scholz ist sie solidarisch mit der radikalen Haltung der baltischen Staaten, Polens und neuerdings auch Finnlands."

Der Experte weist darauf hin, dass während Baerbock das eine sagt, man vom NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am gleichen Tag höre, dass das Bündnis nicht am Ukraine-Konflikt direkt beteiligt sei. Die NATO und ihre Mitgliedsstaaten möchten eine möglichst bequeme Position für sich einnehmen: einerseits der Ukraine eine zunehmend intensivere Versorgung bieten, andererseits so tun, als würden sie sich aus dem Konflikt heraushalten. Die NATO verfolge diese Taktik seit Beginn der Konfrontation, gleich der Salamtaktik erfolge eine "allmähliche Eskalation des Engagements, wobei gleichzeitig ständig betont wird, dass weder die NATO noch ihre einzelnen Länder direkt in diesen Konflikt verwickelt sind", unterstrich der Politologe.

"Baerbock ist keine professionelle Diplomatin, im Gegensatz zu Stoltenberg hat sie noch nicht gelernt, das eine zu sagen und das andere zu denken. Deswegen gab sie preis, was jeder in der NATO versteht, es aber nicht ausspricht – dass das Bündnis ein direkter Teilnehmer an der bewaffneten Konfrontation mit Russland ist",

sagt Wladimir Dschabarow, Mitglied des Föderationsrates und erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Aussage der deutschen Diplomatin schwäche die Position Berlins in den Augen der Weltöffentlichkeit bezüglich des russisch-ukrainischen Konfliktes sogar. Baerbock habe bestätigt, dass das Ziel des kollektiven Westens nicht darin besteht, die Ukraine vor irgendjemandem zu schützen, sondern darin, Russland anzugreifen. Folge man der Logik, so werde Kiew als Stellvertreter gegen Moskau eingesetzt, nichts weiter als "Verbrauchsmaterial im Kampf gegen Russland", ergänzte der Senator.

Übersetzt aus dem Russischen (<https://vz.ru/world/2023/1/25/1196514.html>).

* * *

Scholz ließ sich beim Pokern um Panzer von Biden ausstechen und hat als Vermittler verspielt

<https://freeassange.rtde.me/international/161087-scholz-liess-sich-beim-pokern/>
28.01.2023

NATO-Panzer werden Kiews Park an noch sowjetischen Maschinen erweitern – gerade rechtzeitig, um an seiner Offensive gegen Russlands Landkorridor in der Krim in den nächsten Wochen teilzunehmen. Kanzler Scholz hat als möglicher Vermittler verspielt – dank seiner Art zu verhandeln.

Eine Analyse von Stanislaw Borsjakow

Nach einer Reihe von Witzen über den "GRU-Agenten Olaf Scholz", Drohungen aus Polen und heftigem Feilschen mit den USA stimmte der deutsche Bundeskanzler nun doch der Lieferung von Leopard-2A6-Panzern an die Ukraine zu. Die Umstände dieser Überredungen sagen nichts Neues über die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen aus – dafür sehr viel über Scholz persönlich.

Zwei Tage wurde auf Scholz Druck gemacht – und sie haben es geschafft. Zum dritten Mal in seiner Geschichte wird Deutschland seine Panzer in die Ukraine schicken, die entgegen allen Warnungen von Otto von Bismarck Russland entgegengestellt werden sollen. Auch das Ergebnis dürfte mehr oder minder dasselbe werden.

Warum Berlin nicht gleich beim Treffen der ukrainischen Verbündeten auf der Militärbasis Ramstein sofort seine Zustimmung zur Lieferung schwerer Panzer an Kiew gegeben hatte, weiß man nicht genau.

Ebenso wenig auch, was der Hals über Kopf eingereichte Rücktritt der deutschen Verteidigungsministerin am Vorabend dieses Treffens damit zu tun hatte. Vielleicht zögerte Scholz ja wegen des pazifistischen Flügels in seiner Partei – die SPD ist die älteste Partei in Deutschland und trat schon während des ersten Kalten Krieges und der Berliner Mauer für eine Zusammenarbeit mit Moskau ein. Scholz selbst mag bei dem Gedanken, dass zum dritten Mal deutsche Panzer gegen Russland eingesetzt werden sollten, regelrecht zusammengezuckt sein (oder auch nicht – Anm. d. Red.).

Wie dem auch sei: Der Bundeskanzler griff auch noch nach dem letzten Strohalm – er verlangte, dass die USA ebenfalls schwere Panzer an die Ukraine liefern (und damit die Verantwortung für die Eskalation mittragen) – wohl wissend, dass das Pentagon die Lieferung seiner M1 Abrams aus technischen (und, wie sich später herausstellen sollte, merkantilen) Gründen kategorisch ablehnte. Sie seien kompliziert zu bedienen, teuer im Unterhalt und Gebrauch, erfordern ständige vorbeugende Wartung durch hochspezialisiertes Personal, so die US-Militärs. Kurzum, sie würden den ukrainischen bewaffneten Formierungen generell kaum helfen können, sondern sie eher belasten. Die deutschen Leopard-Panzer in moderner Ausführung haben diese Nachteile nicht im selben Maße.

Das Pentagon führte bezeichnenderweise auch danach noch Argumente dagegen an: Erstens habe man selbst nicht genügend Abrams-Panzer auf Lager, zweitens seien sie wartungs- und versorgungstechnisch für die Ukraine zu anspruchsvoll, so zum Beispiel Vize-Sprecherin Sabrina Singh. Doch Panzer werden trotzdem in die Ukraine geliefert – und zwar neben den deutschen ausdrücklich eben doch auch US-amerikanische. US-Präsident Joe Biden beschloss, Scholz den Sieg in dieser Diskussion zu überlassen, und sagte einige M1 Abrams zu – fast schon nach dem Motto "Erstick daran!!!", als hätte er sie sich persönlich vom Mund abgespart. Aber sie werden speziell für die Ukraine aus der Langzeitlagerung beschafft und aufbereitet, ohne dass die eigenen aktiven Bestände des US-Militärs dafür angetastet werden müssen.

Dieser US-amerikanisch-deutsche Feilschbasar fand hinter den Kulissen statt – aber gleichzeitig auch so, als ob er live im Fernsehen übertragen würde. Die größten Medien der Welt berichteten mit Quellenangaben über alle Zwischenergebnisse – und diese Aufregung ist verständlich: Immerhin geht es um den Dritten Weltkrieg. Was davon reine Spekulation ist und was echte Nachrichten, darüber kann man heute lange raten.

Von außen aber sah es so aus: Biden hat zehn Abrams-Panzer wie Pokerchips auf den Spieltisch geworfen (laut arabischen Medien). Scholz, durch seine eigene Strategie in die Enge getrieben, musste mitgehen – und gab denn auch Leopard 2 für eine Kompanie, also maximal 14, frei.

Als die US-Cowboys merkten, dass ihre Taktik funktionierte, gingen ihnen gleichsam die Pferde durch. Wenige Stunden später war in den Medien bereits von 30 US-amerikanischen Panzern die Rede, dann sogar von "bis zu 50", die das Weiße Haus angeblich bis Ende der Woche ankündigen wollte. Daraufhin beschloss Berlin, den Einsatz zu deckeln, und kündigte offiziell die Lieferung einer Kompanie Leopard 2 in der A6-Modifikation für die unmittelbare Zukunft und einer weiteren Kompanie zu einem späteren Zeitpunkt an (auch die Lieferungen der US-amerikanischen Abrams in unklarer Stückzahl sind zeitlich gestreckt – einige jetzt, einige später).

Ob das viel oder wenig ist, liegt im Auge des Betrachters. Waleri Saluschny, der Stabsleiter der ukrainischen Streitkräfte, erklärte, dass er 300 NATO-Panzer benötige. Michail Podoljak, Berater und Sprecher des ukrainischen Präsidialamtes, möchte 400 Stück, dann könne die Ukraine "diesen Krieg innerhalb weniger Monate beenden". Laut denselben Quellen glaubt US-Präsident Biden sogar, dass die Ukraine mindestens 500 neue Kampfpanzer benötigt.

Das Ziel des laufenden Spiels ist es, in kurzer Zeit quasi aus dem Nichts wenigstens etwas zusammenzuklauben. Zwar sind die M1 Abrams eine Sache der Zukunft (mit der möglichen Ausnahme einzelner Fahrzeuge zur Erprobung), aber die Leopard 2 sind eine Sache der Gegenwart, sie sollen schon in den nächsten Wochen in die Ukraine kommen, heißt es.

Inzwischen sind mindestens zwölf NATO-Staaten bereit, Kiew Panzer zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich um Beiträge, die eher je nach Inventar als nach dem Grad des politischen Engagements geleistet werden: So wird Polen mehr als andere bereitstellen (auch mindestens eine Kompanie), wohingegen die fast ebenso antirussische und proukrainische Regierung der Tschechischen Republik nichts bereitstellen wird – das Land braucht alles selbst dringender. Norwegen wird sich acht Panzer vom Herzen reißen, und Belgien würde zwar gerne, aber es hat alle seine Leopard-Panzer vor zehn Jahren verkauft.

Etwa zwei Bataillone – bis zu 50 Fahrzeuge, die innerhalb eines Monats bei den bewaffneten Formierungen der Ukraine auftauchen werden – können somit zusammenkommen. Natürlich handelt es sich nicht um die 300 Einheiten, von denen General Saluschny bei seinen Anträgen sprach (im Übrigen im Vergleich zu vielen anderen ziemlich bescheiden) – aber man muss noch schweres Gerät nach sowjetischem Standard hinzuzählen, das Kiew noch hat, einschließlich Panzern.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Ensemble für die nächste Offensive der ukrainischen Streitkräfte benötigt wird (für andere Zwecke braucht es keine Panzer), die allem Anschein nach noch vor dem Frühlingstau und der Verschlammung der Felder und Grundstraßen beginnen soll – daher die Eile. Eine solche Aussage wird von den Worten des Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel vor einigen Tagen ermöglicht:

"Was im Jahr 2023 passiert – und vieles davon hängt von den nächsten Wochen ab –, wird unsere Zukunft bestimmen."

Etwa zur gleichen Zeit beschrieben mehrere Artikel in den US-Medien, wie doch Berater aus Washington Kiew davon abrieten, Kräfte für die Verteidigung von Soledar und Artjomowsk aufzuwenden – und stattdessen vorschlugen, sich auf einen "Angriff im Süden" zu konzentrieren. Es ist davon auszugehen, dass der Zweck eines solchen Angriffs darin besteht, Russlands sogenannten "Landkorridor zur Krim" zu zerstören.

Den Ort, an dem dieser Angriff tatsächlich stattfinden würde, muss die Führung der russischen Streitkräfte ermitteln – und angemessene Gegenmaßnahmen festlegen. Generell ist aber klar, dass

nach den Gegenmaßnahmen diese Leopard-Panzer im unversehrten Zustand nur im Panzermuseum in Kubinka bei Moskau anzutreffen sein müssen.

Was die rein politischen Schlussfolgerungen aus dieser Geschichte betrifft, so läuft der zweite Kalte Krieg mit globaler Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten seinen Weg zum Dritten Weltkrieg. Und etwas grundlegend Neues lässt sich heute nur noch über Bundeskanzler Scholz sagen.

Scholz hat als "Friedensstifter" und Vertreter des "gemäßigten Flügels" in Deutschland und in der gesamten EU gleichermaßen völlig versagt. Anstatt NATO-Panzer im Wert von wenigstens einer Kompanie kurz vor der Ukraine aufzuhalten, schickte er gleich Panzer im Wert von gleich zwei Kompanien hin und handelte die Entsendung von US-Panzern im Wert von zwei weiteren Kompanien aus.

Und für die NATO-Falken hat er sich mit seinem zweitägigen Zögern bloß zu einem *Enfant terrible* und verweichlichten Waschlappen gemacht, der über sechs Monate hinweg getätigte milliardenschwere Investitionen beinahe zunichte gemacht hätte. Sprich, Investitionen in den Sieg des Westens über Russland in der Ukraine, dessen Glaubwürdigkeit eigentlich die kommende Offensive Kiews mit den neuen alten NATO-Panzern bestätigen soll.

Somit sehen wir, dass Deutschland seinen Rückzieher haargenau dann machte, als es von Polen mit politischer Isolierung bedroht wurde.

Auch bezweifelt niemand, dass Berlin die notwendige Genehmigung für die Wiederausfuhr deutscher Panzer in die Ukraine Warschau erteilt hat, nicht weil es das wollte. Vielmehr wäre sein "Veto" ansonsten von den Polen demonstrativ missachtet worden – was diese auch deutlich machten.

Das heißt, als starke Figur und Führungspersönlichkeit innerhalb der NATO hat Scholz ebenfalls völlig versagt. Und als Politiker, der in der Lage ist, die nationalen Interessen seines Landes zu verteidigen, hat er schon viel früher versagt.

Aber sein Hauptversagen wird erst später folgen. Bereits zweimal hat es sich in der Geschichte erwiesen, dass ein jeder deutscher Versuch, Panzer gegen Russland loszuschicken – auch und gerade in die Ukraine –, gescheitert ist. Um es ein drittes Mal mit wenigstens nominaler Aussicht auf Erfolg zu versuchen, braucht es schon eine außergewöhnliche Führungspersönlichkeit. Doch Scholz ist, wie oben erwähnt, eben als Führungspersönlichkeit ein Loser und als Politiker bankrott, sodass er per definitionem nicht mit Erfolg rechnen kann.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen (<https://vz.ru/politics/2023/1/25/1196368.html>) bei Wsgljad .

* * *

Enkelin von Holocaust-Opfer: "Russland wurde von den USA zu diesem Krieg gezwungen"

<https://freeassange.rtde.me/inland/161247-enkelin-von-holocaust-opfer-russland/>
29.01.2023

Auf der Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Waffen- und Kampfpanzerlieferungen in die Ukraine sprach auch die Enkelin eines in Auschwitz getöteten Juden. Sie kam gerade von der Gedenkveranstaltung im NRW-Landtag. Deutschland habe

moralisch nicht das Recht, sich an diesem Krieg zu beteiligen, mahnte sie.

Von Felicitas Rabe

Nach dem Beschluss der Bundesregierung, Kampfpanzer in die Ukraine zu liefern, finden vielerorts Friedens- und Protestkundgebungen statt. Auch dem kurzfristigen Aufruf, vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die deutschen Waffen- und Panzerlieferungen an die Ukraine zu protestieren, folgten am Freitagmittag rund 150 Menschen. Während im Landtagsgebäude eine Gedenkveranstaltung zum 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Sowjetarmee stattfand, wurde vor dem Nordrhein-Westfälischen Regierungssitz "gegen den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland" protestiert.

In ihrer Eröffnungsrede forderte die Demo-Organisatorin den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine, die umgehende Aufnahme von Friedensverhandlungen, die Schließung des US-Luftwaffenstützpunkts Ramstein und das Ende der Sanktionen gegen Russland. "Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge", zitierte sie den früheren Bundeskanzler Willy Brandt.

Anschließend sprach die Friedensaktivistin Sandra Gabriel, die seit drei Jahren bundesweit Demonstrationen für den Erhalt der Grundrechte und für den Frieden organisiert. Sie erinnerte zu Beginn ihrer Rede an den 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, der sich am 27. Januar jährte. Ausgerechnet in diesen Tagen wurde die Lieferung von Kampfpanzern für den Krieg gegen Russland beschlossen.

Insbesondere prangert Gabriel in ihrem Vortrag die westlichen Medien an, die mit "hoch emotionalisierten Geschichten über den Verteidigungskampf des ukrainischen Volkes" die tatsächliche Lage in der Ukraine vertuschen würden. Gewalttaten faschistischer Kräfte gegenüber Oppositionellen, Menschenjagden auf ethnische Minderheiten, Überfälle des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes auf linke Journalisten – all das werde dem westlichen Zuschauer verschwiegen. "Allen Kriegen ist gemein, dass nie diejenigen zu leiden haben, die über Geld, Macht und Einfluss verfügen, sondern immer das einfache Volk", stellte die Friedensaktivistin fest und fügte hinzu:

"Wem die Ukrainer, die Zivilisten, die Russen und unser Land wirklich am Herzen liegen, sollte sich für ein schnelles Ende des Krieges und ein Ende der Waffenlieferungen einsetzen."

Beim "offenen Mikrofon" äußerten sich Kundgebungsteilnehmer teilweise sehr persönlich, warum sie sich gegen deutsche Waffenlieferungen engagierten. Ein Demonstrant erklärte:

"Mein Vater war in Stalingrad, er hat es gerade noch geschafft, dort rauszukommen. Für den Rest seines Lebens war er Friedensaktivist. Wenn er wüsste, dass Deutschland sich am Krieg gegen Russland beteiligt, er würde sich im Grabe umdrehen."

Auch eine deutsche Mutter, die befürchtete, dass ihre Söhne in einen Krieg gegen Russland geschickt werden, kam am Mikrofon zu Wort: "Meine Söhne sind jetzt 20 und 22 Jahre alt. Erst liefern sie Waffen, dann schicken sie unsere Söhne."

Schließlich sprach noch eine besonders eindrückliche Stimme vor dem Landtag: "Mein Name ist Leah Floh. Ich bin die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Mönchengladbach. Gerade komme ich von der Gedenkveranstaltung zum 78. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, die im Landtag stattgefunden hat. Mein Großvater wurde in Auschwitz ermordet."

"Deutschland hat moralisch nicht das Recht, irgendjemandem Waffen zu liefern", kritisierte die Enkelin eines Auschwitzopfers die deutsche Politik.

Im Gespräch mit RT erklärte Leah Floh, sie sei zufällig an der Friedenskundgebung vorbeigekommen, nachdem sie gerade im Landtag an der Gedenkveranstaltung für die Befreiung von Auschwitz teilgenommen habe. Es sei ihr ein spontanes Bedürfnis gewesen, auf der Demonstration zu sprechen. Im Interview betonte Floh noch einmal, dass Deutschland keinerlei moralisches Recht habe, irgendjemandem Waffen zu liefern.

Ursprünglich stamme sie aus dem russischen Ural und sei vor 30 Jahren nach Deutschland gekommen. Daher sei ihr ganz besonders wichtig zu vermitteln, dass sowohl die russische als auch die ukrainische Bevölkerung Frieden wollten:

"Die Russen wollen genauso Frieden wie die Ukrainer. Aber Russland wurde von den USA und dem Westen zu diesem Krieg gezwungen."

Abschließend appellierte Floh an die deutsche Verpflichtung, in der jetzigen Situation auf diplomatischem Wege alles für den Frieden zu tun. Angesichts der Lieferung deutscher Kampfpanzer in den Krieg gegen Russland, rief die Demo-Organisatorin am Ende der Veranstaltung die Teilnehmer auf, sich anlässlich der NATO-Sicherheitskonferenz am Samstag, dem 18. Februar, an der großen Friedensdemo in München zu beteiligen.

* * *

RAND-Studie: Gedankenspiele zu Verhandlungen oder Eingeständnis der Niederlage?

<https://freeassange.rtde.me/europa/161201-rand-studie-gedankenspiele-zu-verhandlungen-oder-eingestaendnis-der-niederlage/>
30.01.2023

"Einen langen Krieg in der Ukraine vermeiden" heißt der Titel der neuesten Studie der RAND Corporation. Sie spricht viele Dinge aus, die man so nicht in der Zeitung lesen wird – und entwirft einen Weg, wie die USA sich zu Siegern erklären und aussteigen könnten.

Von Dagmar Henn

Die Texte der US-Denkfabrik RAND Corporation sind es meist wert, beachtet zu werden. Nicht, weil sie wesentlich klüger sind als anderes, das aus dem Neocon-Umfeld kommt, sondern weil sie manchmal direkte Vorlagen für die US-Außenpolitik liefern und gelegentlich Einblicke in die inneren Widersprüche der außenpolitischen Blase bieten. Die Studie mit dem Titel "Overextending Russia", die 2019 veröffentlicht wurde, liest sich geradezu wie ein Drehbuch der letzten Jahre. Die neue Studie mit dem Titel "Avoiding a Long War", einen langen Krieg in der Ukraine vermeiden, zeigt, dass zumindest in Teilen des Washingtoner Establishments Überlegungen anfangen, dass man aus dem Projekt Ukraine allmählich aussteigen sollte.

Dabei beruht auch diese Studie zu weiten Teilen noch auf Illusionen; so wird beständig betont, wie erfolgreich die Sanktionen gegen Russland doch gewesen wären. Allerdings erweisen sich diese Illusionen im Gesamtzusammenhang letztlich als nützlich, aber dazu am Schluss der Betrachtung.

"Dieser Krieg", stellen die Autoren fest – zwei Politologen, worüber sich Andrei Martjanow in seiner gewohnten Weise lustig machte –, "ist der bedeutendste zwischenstaatliche Konflikt in

Jahrzehnten." Das ist das erste Eingeständnis, das sich in diesem Bericht findet. Das zweite bezieht sich auf das in der Politik stetig wiederholte Mantra, die Ukraine müsse siegen: "dieses optimistische Szenario ist unwahrscheinlich." Und der dritte Punkt, dessen Erwähnung tatsächlich ein erstaunliches Moment von Realismus darstellt: "Es gibt Belege dafür, dass der Kreml diesen Krieg als beinahe existentiell wahrnimmt."

Aufmerksame Leser hätten das Detail, dass es für Russland um existenzielle Fragen geht, bereits den russischen Forderungen im Dezember 2021 entnehmen können, aber im Westen wird weitgehend so getan, als handele es sich nur um eine Rechtfertigung für Aggression und nicht um eine Befürchtung mit handfesten materiellen Grundlagen. Dreh- und Angelpunkt der ganzen Auseinandersetzung um eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ist die Tatsache, dass im Falle einer Stationierung atomwaffenfähiger Raketen auf ukrainischem Gebiet die Vorwarnzeit für Moskau auf wenige Minuten schrumpft.

Zu Zeiten des Kalten Kriegs, als das Bewusstsein für die Risiken einer nuklearen Auseinandersetzung noch höher waren, hätte der Westen noch erkannt, dass eine solche Verkürzung für ihn selbst kontraproduktiv ist, weil das Risiko von Fehlentscheidungen umso höher ist, je kürzer die für eine Entscheidung gegebenenfalls verbliebene Zeit ist. Und während nach Hiroshima und Nagasaki nie wieder ein Befehl zum Einsatz solcher Waffen gegeben wurde, gab es eine ganze Reihe von Ereignissen, bei denen die Menschheit nur mit viel Glück einer versehentlichen Aktivierung des nuklearen Arsenalts entging.

Aber zurück zur Studie. Die Ziele werden in solchen Papieren üblicherweise offen, also ohne die ganze "Werte"-Dekoration benannt, und das Ziel der US-Strategie ist, davon wird auch in diesem Papier ausgegangen, die Schwächung Russlands. Dieses Ziel wird als teilweise erreicht betrachtet, weil "Russlands konventionelle Fähigkeiten in der Ukraine dezimiert wurden" und die Sanktionen die russische Wirtschaft geschwächt hätten.

Es müsse sorgfältig abgewogen werden, ob eine längere Fortsetzung des Krieges in der Ukraine mehr nutze oder mehr schade. Dabei bestehe ein Risiko in zweierlei Hinsicht: Zum einen bestehe die Gefahr, dass es doch zu einem offenen Konflikt zwischen Russland und der NATO komme, und zum anderen steige mit der Länge des Konflikts auch das Risiko einer nuklearen Eskalation durch Russland. Das Risiko einer direkten Konfrontation wird dabei als hoch eingeschätzt: "Das Ausmaß, in dem NATO-Alliierte indirekt in den Krieg involviert sind, ist atemberaubend."

Jedes Endergebnis unterhalb der ukrainischen Grenzen von 2014 würde das Ziel nicht erreichen, die "russischen Verletzungen internationaler Normen" aufzuheben. "Und die Kontrolllinie vom Dezember 2022 beraubt Kiew keiner wirtschaftlich bedeutenden Gebiete, die die Existenzfähigkeit des Landes dramatisch beeinflussen würden."

Ausgangspunkt der gesamten folgenden Überlegungen ist also die Kontaktlinie vom vergangenen Dezember; einer der Punkte, die diese Studie so ungewöhnlich machen. "Angesichts der nachlassenden Geschwindigkeit der ukrainischen Gegenoffensive im Dezember 2022 wird es Monate, wenn nicht Jahre dauern, die Kontrolllinie vor dem Februar 2022 – ganz zu schweigen von dem territorialen Status quo vor 2014 – wiederherzustellen."

An diesem Punkt ist die Sicht ungewohnt realistisch. Ebenso, was die Frage der Krim betrifft: "Mehr noch, wenn die Ukraine über die Kontrolllinie vor dem Februar 2022 hinaus vordringt und es ihr gelingt, Gebiete zurückzuholen, die Russland seit 2014 besetzt hält (insbesondere die Krim, wo die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist), wird das Risiko der Eskalation – entweder eines Einsatzes von Atomwaffen oder eines Angriffs auf die NATO – einen Gipfel erreichen."

Es geht nicht darum, ob die Begründung realistisch ist oder nicht; entscheidend ist – es wird zumindest offen thematisiert, dass die Krim unter keinen Umständen zu haben ist. Beim gegenwärtigen Geisteszustand des Westens ist das schon härtester Realismus.

Ohnehin sei eines der Hauptziele bereits erreicht: "Es wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern, bis sich das russische Militär und die russische Wirtschaft von dem Schaden erholen, der ihnen bereits zugefügt wurde." Auch das Ziel, die europäischen Länder von der russischen Energieversorgung abgeschnitten zu halten, benötige keine weitere Verlängerung des Krieges: "Es ist wahrscheinlich, dass die europäischen Länder diese Politik beibehalten, gleich, wie lange dieser Krieg dauert."

Auf der anderen Seite stünden die zunehmenden Belastungen durch die militärische Unterstützung. "Die Intensität der militärischen Unterstützungsbemühungen könnte nach einiger Zeit auch nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Schon jetzt wird berichtet, dass die Vorräte einiger Waffen in den USA und Europa gering sind. Es gibt also Grund, sich zu fragen, ob ein längerer Krieg zu weiteren ukrainischen Gewinnen führt – Verluste sind ebenfalls möglich."

Gleiches gilt für die finanziellen Leistungen, um die Ukraine am Laufen zu halten: "Die Kosten für die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, den ukrainischen Staat wirtschaftlich liquide zu halten, werden sich mit der Zeit vervielfachen, da der Konflikt Investitionen und Produktion verhindert; ukrainische Flüchtlinge können weiter nicht zurückkehren, und im Ergebnis fallen Steuereinnahmen und Wirtschaftsaktivität weit tiefer als vor dem Krieg."

An einem Punkt liefert dieses Papier sogar eine Schätzung für die menschlichen Kosten, die Westeuropa auferlegt wurden: "Allein die Erhöhung der Energiekosten wird wahrscheinlich zu 150.000 zusätzlichen Todesfällen (4,8 Prozent über dem Durchschnitt) in Europa im Winter 2022/23 führen."

Das nächste Argument, das gegen einen langen Krieg ins Feld geführt wird, bezieht sich auf China: "Die Fähigkeit der USA, sich auf ihre anderen globalen Prioritäten zu konzentrieren – insbesondere die Konkurrenz mit China –, wird solange begrenzt bleiben, solange der Krieg die Zeit führender Politiker und militärische Ressourcen der USA absorbiert. (...) Ein längerer Krieg, der Russlands Abhängigkeit [von China] erhöht, könnte China Vorteile in seiner Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten verleihen."

Zu guter Letzt wird auch noch die Erwartung eines Regimewechsels in Russland angesprochen und verworfen: "Es gibt wenige historische Belege, die nahelegen, dass ein Regime Change in Russland die notwendige Folge von Fehlschlägen auf dem Schlachtfeld wäre. (...) Mehr noch, es gibt keine Garantie, dass ein neuer russischer Staatschef in irgendeiner Weise eher geneigt wäre, mit der Ukraine Frieden zu schließen, als Putin. Mehr noch, ein Regimewechsel in Moskau muss die Intensität des Wettbewerbs zwischen den Vereingten Staaten und Russland auf anderen Feldern nicht verringern."

Auf dieser Grundlage kommt das Papier zu dem Schluss, dass eine längere Fortsetzung des Konflikts in der Ukraine den Vereinigten Staaten mehr Nachteile als Vorteile brächte, und daher eine Beendigung durch Verhandlungen anzustreben wäre, wobei sowohl die Variante Waffenstillstand als auch die Variante Friedensschluss betrachtet werden.

Eines der Hauptprobleme dabei wäre die Frage der ukrainischen Neutralität. "Russland würde vermutlich in einem Frieden, in dem die Ukraine eine glaubwürdige Zusicherung macht, sich nicht der NATO anzuschließen, einen bedeutenden Nutzen sehen. Aber Russland hat wenig Glauben, dass irgendeine ukrainische Zusage von Neutralität eingehalten würde. Moskau hat Verschiebungen in der ukrainischen Außenpolitik erlebt und hat eine düstere Sicht auf die Fähigkeit der

ukrainischen Eliten, Versprechen langfristig zu halten."

In Wirklichkeit ist das Vertrauen in die Führungen der westlichen Staaten auch nicht höher, spätestens seit den Aussagen von Angela Merkel und François Hollande, die im Grunde einen Zustand herbeigeführt haben, in dem es im gesamten Westen keinen vertrauenswürdigen Verhandlungspartner mehr gibt; denn wenn selbst Verträge, die durch den UN-Sicherheitsrat bestätigt wurden, das Papier nicht mehr wert sind, auf dem sie stehen. Aber diese Bemerkung ist das erste Zeichen, dass irgendwo innerhalb der Blase, die die US-Außenpolitik steuert, wahrgenommen wird, dass es da ein Problem gibt.

Die ukrainische Seite müsse mit entsprechendem Druck überzeugt werden: "Hilfe mit der ukrainischen Bereitschaft zu Verhandlungen zu verknüpfen, war in der westlichen Politikdebatte ein Anathema, und das aus gutem Grund: Die Ukraine verteidigt sich gegen eine unprovokierte russische Aggression. Die Berechnungen der USA mögen sich jedoch ändern, wenn Kosten und Risiken des Kriegs steigen."

Inzwischen sind wir mit den Überlegungen von RAND genau bei den Punkten angekommen, die im vorletzten Dezember auf dem Tisch gelegen hatten, und noch ein Stück darüber hinaus – bis Ende Februar hatten für Russland die Minsker Vereinbarungen als Richtschnur gegolten. Es hätte nie einen russischen Militäreinsatz gegeben, hätte sich irgendeine der westlichen Mächte ernsthaft für diese Vereinbarungen eingesetzt, beispielsweise, indem Hilfe von ukrainischer Verhandlungsbereitschaft abhängig gemacht worden wäre. Nach elf Monaten, nachdem zwei komplette ukrainische Armeen aufgerieben wurden, kommt ein US-Thinktank darauf, man könnte das russische Verlangen nach ukrainischer Neutralität ernst nehmen.

Sogar die Verhandlungen in Istanbul, die damals von Boris Johnson sabotiert wurden, werden erwähnt: "Als Teil des Istanbul Kommuniqués hätte Russland eine völkerrechtliche Verpflichtung der Vereinigten Staaten und mehrere NATO-Alliierte auf ukrainische Neutralität erhalten, zusätzlich zur eigenen Verpflichtung der Ukraine. Eine entsprechende Verpflichtung auf die Neutralität der Ukraine durch die USA und ihre Verbündeten würde eine größere zusätzliche Hürde – einen Wechsel in der westlichen Politik oder sogar dem Recht, abhängig von der Natur der Verpflichtung – für einen Beitritt der Ukraine schaffen. Ein solches Versprechen könnte das Problem lösen, das für Russland in der Glaubwürdigkeit dieser Zusicherung besteht."

Während die gesamte politische Rhetorik des Westens immer noch auf einen militärischen Sieg der Ukraine gerichtet ist, dessen Möglichkeit in diesem Papier relativ knapp abgefragt wurden, werden hier auch Geländegewinne als zweifelhaftes Ziel gesehen: "Kontrolle über Territorium ist, auch wenn sie für die Ukraine sehr wichtig ist, nicht die wichtigste Dimension in der Zukunft des Krieges für die Vereinigten Staaten. Wir schließen, dass es für die Vereinigten Staaten, neben der Verhinderung einer möglichen Eskalation in einen Krieg zwischen Russland und der NATO und eines russischen Einsatzes von nuklearen Waffen, eine höhere Priorität hat, einen langen Krieg zu vermeiden, als der Ukraine die Kontrolle über bedeutend mehr Gebiet zu ermöglichen."

Das Gesamtpaket, das in dieser RAND-Studie vorgeschlagen wird, läuft also auf Verhandlungen auf der Grundlage der Frontlinie vom 22. Dezember hinaus, unter Garantien für eine dauerhafte Neutralität der Ukraine. Selbst weitere Zugeständnisse sind möglich: "Die Fähigkeit der USA, im Detail zu beeinflussen, wo die Linie letztlich gezogen wird, ist sehr begrenzt, da das US-Militär nicht direkt an den Kämpfen beteiligt ist."

Natürlich wäre eine solche Kehrtwende nicht leicht zu erreichen: "Eine dramatische Veränderung der US-Politik gleichsam über Nacht ist politisch unmöglich – sowohl innenpolitisch als auch mit den Verbündeten – und wäre in jedem Fall unklug. Aber diese Instrumente jetzt zu entwickeln und

die Ukraine und die US-Verbündeten damit vertraut zu machen, mag helfen, den eventuellen Beginn eines Prozesses zu befördern, der diesen Krieg in einem Zeitrahmen zu einem verhandelten Ende bringt, der den US-Interessen nützt. Die Alternative ist ein langer Krieg, der die Vereinigten Staaten, die Ukraine und den Rest der Welt vor größere Herausforderungen stellt."

Wie lautet nach Martjanow die Formel, mit der die USA ihre Kriege beenden? Den Sieg erklären und sich zurückziehen. Dieses Papier der RAND-Corporation ist unverkennbar eine Reaktion auf die drohende westliche Niederlage, das zeigt sich allein an den Unterschieden zu den russischen Vorschlägen vom Dezember 2021: immerhin ganz Lugansk und größere Teile von Donezk, Saporoschje und Cherson. Auch wenn es äußerst unwahrscheinlich ist, dass Russland darauf einging, schon allein, weil das Vertrauensproblem noch weit größer ist als von den Autoren wahrgenommen – das wirklich Interessante ist, dass in diesem Papier die Linie entwickelt wird, wie die USA ihre Niederlage als Sieg verkaufen könnten. So absurd das klingt, ist es exakt dieser Punkt, der dem Papier durchaus eine gewisse Wirksamkeit verleihen könnte. Es ist das erste Eingeständnis der westlichen Niederlage, mit genug Zuckerguss umhüllt, dass selbst Angehörige des politischen Establishments der USA diese bittere Pille schlucken könnten.

* * *

Angriff auf Militäranlage: Konflikt zwischen Iran und Israel nimmt globale Dimension an

<https://freeassange.rtde.me/international/161493-angriff-auf-iranische-militaeranlage-konflikt/>
31.01.2023

Der bisher regional begrenzte Schattenkrieg zwischen Iran und Israel scheint sich zu einem globalen Konflikt zu entwickeln. Nachdem es in der Nacht zu Sonntag zu einem Drohnenangriff auf eine iranische Militäranlage gekommen war, stellte Kiew eine Verbindung zwischen der Attacke und dem Ukraine-Krieg her.

Von Seyed Alireza Mousavi

Nach den Luftangriffen von bisher nicht identifizierten Mini-Drohnen auf eine militärische Einrichtung in der iranischen Stadt Isfahan berichteten mehrere US-amerikanische Medien unter Berufung auf Geheimdienstmitarbeiter, dass der Angriff in der Nacht zu Sonntag von Israel ausgegangen sei. Der Sprecher des Pentagons sagte allerdings, dass US-amerikanische Kräfte nicht an der Operation beteiligt gewesen seien. Israelische Behörden kommentierten die US-Medienberichte über eine israelische Urheberschaft der Attacke nicht.

Sollte Israel hinter den Drohnenangriffen in Isfahan stecken, so handelt es sich um die erste derartige Attacke, seit Benjamin Netanjahu Ende Dezember wieder das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hat. Allerdings ging der Angriff schief, da die iranische Luftverteidigung eine der Drohnen zerstörte und zwei andere explodierten, bevor sie das Ziel erreichen konnten. Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian bezeichnete den Angriff als "feige" und zugleich "lächerlich". Der iranischen Agentur *IRNA* zufolge soll es sich bei den Drohnen um Quadrocopter gehandelt haben.

Der Angriff ist im Kontext des Schattenkrieges zwischen Teheran und Tel Aviv zu analysieren. Derzeit stürzt Israel in eine schwere Staatskrise: Während eine neue Anschlagsserie das Land erschüttert, protestieren Zehntausende Israelis seit vier Wochen gegen die neue Regierung von Ministerpräsident Netanjahu. Iran und Israel befinden sich seit Langem in einem unerklärten Krieg, der auch verdeckte Angriffe auf Militäranlagen umfasst. Nachdem die jüngsten Unruhestiftungen in Iran gescheitert waren, ist zu erwarten gewesen, dass Israel auf Angriffsaktionen und

Sabotageversuche zurückgreifen wird. Hinzu kommt, dass Netanjahu versucht, von der Krise zuhause abzulenken, indem er den Schattenkrieg mit Iran wieder hochtreibt.

Der jüngste Angriff nahm allerdings ein neues Ausmaß an, nachdem das Regime in Kiew eine Verbindung zum Ukraine-Krieg hergestellt hatte – bei dem Russland mutmaßlich iranische Waffen einsetzt. Mit Schadenfreude twitterte der ukrainische Präsidentenberater Michail Podoljak: "Explosive Nacht in Iran – Drohnen- und Raketenproduktion, Ölraffinerien. Haben euch gewarnt." Podoljak hatte unlängst die westlichen Länder dazu aufgerufen, iranische Waffenfabriken ins Visier zu nehmen, da Teheran angeblich Waffen an Russland liefere. Als Reaktion lud Iran den höchsten Vertreter der Ukraine im Land zu einer Stellungnahme ins Außenministerium vor.

Podoljaks Äußerungen erfolgten in einer Zeit, in der die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten, die das Regime in Kiew vollständig mit Waffen vollgepumpt haben, wiederholt behaupten, Teheran stelle Moskau Drohnen und Raketen für den Krieg zur Verfügung.

Dass die Ukraine für den Drohnenangriff verantwortlich zeichnet, gilt als sehr unwahrscheinlich. Iran scheint seine Haltung zum Ukraine-Krieg jedoch ändern zu wollen, nachdem die Regierung in Kiew implizit die Mitverantwortung für den vereitelten Drohnenangriff in Isfahan übernommen hatte. Iran steht dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bislang neutral gegenüber, obwohl Teheran mehrfach erklärt hat, dass die USA und die NATO durch ihre provokanten Handlungen für den Ukraine-Krieg verantwortlich seien. Nun zeichnet sich eine neue Position Irans ab. Ein nicht namentlich genannter iranischer Sicherheitsbeamter erklärte, dass Iran eine Änderung seiner Strategie im Ukraine-Krieg nach Kiews "feindseligen Kommentaren" zum Angriff auf Isfahan erwäge, hieß es in der dem Nationalen Sicherheitsrat Irans (SNSC) nahestehenden Nachrichtenagentur *Nour News*.

Israel hat sich mit militärischer Unterstützung für die Ukraine trotz Drucks aus dem Westen bislang zurückgehalten, da es Russland im Syrien-Konflikt nicht direkt konfrontieren will. Russland verurteilte am Montag den Drohnenangriff auf die Militärfabrik in Iran auf das Schärfste und warnte vor "provokativen" Aktionen. Die USA arbeiten intensiv daran, eine geschlossene Allianz gegen Russland zu schmieden, indem sie dessen Verbündete wie Iran als Kriegspartei darstellen und durch ihre Marionettenregime in Kiew provozieren. Damit wird der regional begrenzte Konflikt zwischen Israel und Iran jedoch eine globale Dimension annehmen und wiederum große Mächte zur Positionierung bei diesem unerklärten Krieg zwischen Teheran und Tel Aviv zwingen.

* * *

Meinung

Der Mord an General Soleimani – Zündung für die multipolare Weltordnung

<https://freeassange.rtde.me/meinung/159949-mord-am-iranischen-general-soleimani/>
16.01.2023

Der Konsens unter zukünftigen Historikern wird unvermeidlich sein: Die 2020er Jahre begannen mit einem teuflischen Mord. Aber daraus könnte eine neue Welt entstehen – hoffentlich gleichberechtigter und gerechter.

Von Pepe Escobar

Flughafen Bagdad, 3. Januar 2020, 00:52 Uhr Ortszeit. Die Ermordung von General Qassem Soleimani, Kommandeur der Quds-Truppen des Korps der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC), zusammen mit Abu Mahdi al-Muhandis, dem stellvertretenden Kommandeur der irakischen Haschd al-Schaabi, durch lasergelenkte AGM-114-Hellfire-Raketen, die von zwei MQ-9-Reaper-Drohnen abgefeuert wurden, war tatsächlich weniger eine Kriegshandlung als ein Mord.

Der Drohnenangriff auf den Flughafen von Bagdad, der direkt vom Entertainer/Unternehmer Donald Trump genehmigt wurde, der damals den Hegemon regierte, stellte einen imperialen Akt dar – konzipiert als krasse Provokation, um eine iranische Reaktion hervorzurufen, der man dann mit dem Vorwand der "Selbstverteidigung" begegnen konnte, verpackt als "Abschreckung".

Das Sperrfeuer des westlichen Narrativs bezeichnete die Tat als "gezielte Tötung": eine präventive Operation, mit der angebliche Pläne von General Soleimani für "bevorstehende Angriffe auf US-Diplomaten und -Truppen" durchkreuzt wurden. Es wurden keinerlei Beweise vorgelegt, um diese Behauptung zu untermauern.

Jeder, nicht nur entlang der Achse des Widerstands in Teheran, Bagdad, Damaskus und bei der Hisbollah, sondern im gesamten globalen Süden, war sich bewusst, dass General Soleimani von 2014 bis 2015 den Kampf gegen ISIS im Irak anführte und dass er maßgeblich an der Rückeroberung von Tikrit im Jahr 2015 beteiligt war. Das war seine wahre Rolle – er war ein wahrer Krieger des Krieges gegen den Terror, nicht des Krieges für den Terror. Für das Imperium war es ein Gräueltat, dass seine Aura sogar weit in die Länder des sunnitischen Islams hineinstrahlte.

Es war dann Sache des damaligen irakischen Premierministers Adil Abd al-Mahdi, vor dem Parlament in Bagdad den endgültigen Kontext darzulegen: General Soleimani war in diplomatischer Mission in einen regulären Airbus-A320-Flug von Damaskus nach Bagdad gestiegen. Er war an komplexen Verhandlungen zwischen Teheran und Riad beteiligt, mit dem irakischen Premierminister als Vermittler – und das alles auf Wunsch von Präsident Trump.

Somit ermordete die imperiale Maschinerie – nach jahrzehntelanger Verhöhnung des Völkerrechts – einen diplomatischen Gesandten. In der Tat zwei, weil Abu Mahdi al-Muhandis die gleichen Führungsqualitäten wie General Soleimani aufwies, aktiv die Synergien zwischen dem Schlachtfeld und der Diplomatie verstand und im Irak als absolut unersetzlicher politischer Gestalter galt. Die Ermordung von General Soleimani wurde seit 2007 durch eine toxische Mischung aus US-Neocons und neoliberalen Contras – die in höchstem Maße die Geschichte, Kultur und Politik Südwestasiens ignorieren – zusammen mit den israelischen und saudischen Lobbys in Washington "begünstigt".

Trump, der sich in internationalen Beziehungen und außenpolitischen Angelegenheiten nicht auskannte, konnte das große Ganze und dessen Auswirkungen unmöglich verstehen, solange ihm

nur Israel-Dienende, in der Art eines Jared Kushner, ins Ohr flüsteren.

Der König ist jetzt nackt

Aber dann ging alles bergab. Teherans direkte Reaktion auf die Ermordung von General Soleimani, eigentlich ziemlich zurückhaltend angesichts der Umstände, wurde sorgfältig abgewogen, um keine ungezügelte imperiale "Kurzschlusshandlung" zu entfesseln.

Dies geschah in Form einer Reihe von Angriffen mit Präzisionsraketen auf den von den USA kontrollierten Luftwaffenstützpunkt Ain al-Assad im Irak. Entscheidend ist, dass das Pentagon vorgewarnt wurde. Und genau diese ausgewogene Reaktion erwies sich als entscheidend. Teherans Botschaft machte deutlich – und für den gesamten globalen Süden sichtbar –, dass die Tage der imperialen Straflosigkeit vorbei waren. Jeder Verfechter der amerikanischen Einzigartigkeit mit einem funktionierenden Gehirn konnte die Botschaft verstehen: Wir können eure Standorte überall im Persischen Golf angreifen – und darüber hinaus zu jedem Zeitpunkt unserer Wahl.

Diese Angriffe mit Präzisionsraketen auf den Stützpunkt Ain al-Assad erzählen die Geschichte einer Mittelmacht, die durch jahrzehntelange Sanktionen geschwächt war und sich einer massiven Wirtschafts- und Finanzkrise gegenüber sah, aber auf einen Angriff reagierte, indem sie auf einen imperialen Standort zielte, der Teil des weitläufigen "Imperium der Militärbasen" ist, das sich weltweit auf über 800 Standorte erstreckt. Historisch betrachtet war dies eine Weltpremiere – etwas Undenkbares seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Und das wurde in ganz Südwestasien – sowie in weiten Teilen des globalen Südens – klar als das interpretiert, was es bedeutete: Der König ist jetzt nackt.

Vermessung des sich verändernden Schachbretts

Drei Jahre nach dem eigentlichen Mord erkennen wir jetzt möglicherweise mehrere andere Fälle, in denen der Weg in Richtung Multipolarität durch den Mord an General Soleimani geebnet wurde. Es gab einen Regimewechsel beim Hegemon – dabei wurde der Trumpismus durch eine toxische, neoliberale Kabale von Betrügern ersetzt, die von Neokonservativen infiltriert worden war, die ein seniles kriegstreibendes Wesen fernsteuern, das kaum qualifiziert genug ist, um von einem Teleprompter abzulesen.

Die Außenpolitik dieser Kabale entpuppte sich als äußerst paranoid und verärgerte nicht nur die Islamische Republik, sondern legte sich auch mit der strategischen Partnerschaft von Russland und China an. Diese drei letztgenannten Akteure sind zufällig die drei wichtigsten Vektoren im laufenden Prozess der eurasischen Integration.

General Soleimani hat vielleicht vor allen anderen – außer vielleicht dem Obersten Führer Irans, Ajatollah Chamenei – vorausgesehen, dass der JCPOA – das Atomabkommen mit Iran – definitiv zwei Meter tief beerdigt werden wird, wie die jüngste Farce in den vergangenen Monaten in Wien deutlich gemacht hat. So hat Soleimani möglicherweise vorhergesehen, dass Teheran mit einer neuen Regierung unter Präsident Ebrahim Raisi endlich jede Hoffnung aufgeben wird, vom kollektiven Westen "akzeptiert" zu werden, und sich von ganzem Herzen seinem eurasischen Schicksal zuwendet.

Bereits Jahre vor dem Attentat hatte General Soleimani eine "Normalisierung" zwischen dem israelischen Regime und den Monarchien am Persischen Golf vorausgesehen. Gleichzeitig war er sich auch der Position der Arabischen Liga von 2002 sehr bewusst – die unter anderem vom Irak, Syrien und dem Libanon geteilt wurde: Eine "Normalisierung" mit Israel kann ohne einen unabhängigen – und lebensfähigen – palästinensischen Staat, innerhalb seiner Grenzen von 1967

und mit Ostjerusalem als Hauptstadt, nicht einmal ansatzweise diskutiert werden. General Soleimani sah das große Ganze in Westasien, von Kairo bis Teheran und vom Bosphorus bis zur Meeresstraße von Bab al-Mandab. Er sah sicherlich die unvermeidliche "Normalisierung" Syriens in der arabischen Welt voraus – und sogar mit der Türkei, was derzeit in Arbeit ist.

Er hatte sich wohl den möglichen Zeitplan ausgerechnet, dem das Imperium des Chaos folgen wird, bis es Afghanistan vollständig im Stich lässt – wenn er auch sicherlich nicht das Ausmaß der Demütigung des Abzugs vorhersehen konnte und wie dies die Spielkarten in West- und Zentralasien neu mischen würde.

Was Soleimani sicherlich nicht wusste, war, dass das Imperium Afghanistan deshalb verlassen wird, um seine Strategie des Chaos auf die Ukraine zu konzentrieren, in einem mörderischen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Es ist jedoch durchaus möglich, dass General Soleimani vorausgesehen haben könnte, dass Muhammad bin Zayid (MbZ) aus Abu Dhabi – der Mentor des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman (MbS) – gleichzeitig auf ein Freihandelsabkommen zwischen Israel und den Golfemiraten und eine Entspannung mit Iran setzen wird.

General Soleimani hätte Teil des diplomatischen Teams sein können, als sich der Sicherheitsberater von MbZ, Scheich Tahnoun bin Mohammed Al Nahyan, vor über einem Jahr mit Präsident Raisi in Teheran traf und mit ihm sogar den Krieg im Jemen besprach. Soleimani hätte vielleicht auch vorhersehen können, was Anfang Januar in Brasília, am Rande der dramatischen Rückkehr von Lula in die brasilianische Präsidentschaft, geschehen ist: Saudische und iranische Offizielle diskutieren auf neutralem Territorium über eine mögliche Entspannung zwischen beiden Ländern.

Während das gesamte Schachbrett in ganz Westasien in rasender Geschwindigkeit neu konfiguriert wird, ist die einzige Entwicklung, die General Soleimani vielleicht nicht hätte vorhersehen können, die Entstehung des Petroyuan, der den Petrodollar "im Zeitraum von drei bis fünf Jahren" verdrängen wird, wie vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping bei seinem jüngsten wegweisenden Gipfeltreffen mit dem Golf-Kooperationsrat (GKR) in Riad angekündigt.

Ich habe einen Traum

Der tiefe Respekt gegenüber General Soleimani, der von allen Schichten der iranischen Gesellschaft – von der Basis bis zur Führung – zum Ausdruck gebracht wird, hat sich sicherlich in einer Würdigung seines Lebenswerks niedergeschlagen, indem Iran seinen verdienten Platz in der Multipolarität gefunden hat.

Iran hat sich in Südwestasien nun als einer der Schlüsselknoten der Neuen Seidenstraße (BRI) etabliert. Die strategische Partnerschaft zwischen Iran und China, die durch den Beitritt Teherans zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im Jahr 2022 gestärkt wurde, ist geoökonomisch und geopolitisch ebenso stark wie die ineinandergreifenden Partnerschaften mit zwei anderen BRICS-Mitgliedern, Russland und Indien. 2023 soll Iran Mitglied von BRICS+ werden.

Parallel dazu wird die Triade Iran-Russland-China tief in den Wiederaufbau Syriens eingebunden sein – komplett mit Projekten im Rahmen der BRI, die von der Eisenbahnverbindung Iran-Irak-Syrien-Östliches Mittelmeer bis in naher Zukunft zur Iran-Irak-Syrien-Gaspipeline reichen – jenes Vorhaben, das wohl der Schlüsselfaktor war, der den US-amerikanischen Krieg gegen Damaskus provozierte.

Soleimani wird heute im Imam-Reza-Schrein in Maschhad, in der al-Aqsa-Moschee in Palästina, im

schillernden spätbarocken Duomo in Ragusa im Südosten Siziliens, in einer Stupa hoch im Himalaya und auf einem Wandgemälde in einer Straße in Caracas verehrt. Überall im globalen Süden liegt ein Gefühl in der Luft: dass eine neue Welt am Entstehen ist – hoffentlich gleichberechtigter und gerechter, wie es sich auch das Opfer des Mordes, der die "wütenden 2020er" auslöste, irgendwie erträumt hat.

Dieser Artikel erschien zuerst auf englischer Sprache bei presstv.ir (<https://www.presstv.ir/Detail/2023/01/08/695938/How-General-Soleimani-kick-started-the-multipolar-world->). Die Veröffentlichung hier erfolgt mit freundlicher Genehmigung.

Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heißt "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Er wurde von Facebook und Twitter aus politischen Gründen verbannt aber man kann ihm auf Telegram (<https://t.me/rocknrollegeopolitics>) folgen.

* * *

Buchauszug: Wolfgang Bittner über das Recht Russlands auf Selbstverteidigung

<https://freeassange.rtde.me/meinung/160687-buchauszug-wolfgang-bittner-ueber-selbstverteidigung/>
24.01.2023

Unisono tönt aus dem US-geführten Westen, dass Russland die Ukraine überfallen habe und einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen sie führe. Der Jurist, Schriftsteller und RT-Autor Wolfgang Bittner hat ein Buch veröffentlicht, das diesem Narrativ auf den Grund geht. Hier ein Auszug daraus.

Von Wolfgang Bittner

Mit dem Umsturz in Kiew begann nach längeren Vorbereitungen durch die CIA, westliche Geheimdienste und Nichtregierungsorganisationen, die sich die zunächst friedliche Maidan-Bewegung westlich orientierter Ukrainer zunutze gemacht hatten, der neue Kalte Krieg gegen Russland. Die USA ließen den schon überwunden geglaubten West-Ost-Konflikt zur Lösung ihrer innerstaatlichen Probleme und um die gigantische Aufrüstung und ihre Aggressionspolitik zu rechtfertigen, wieder aufleben. Das nächste Hauptziel ist – falls es nicht zum "großen Krieg" kommt, vor dem schon Michail Gorbatschow warnte – der Regime Change in Moskau.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 hatte einen gewaltigen Aufschrei in der von den USA angeführten westlichen Welt bewirkt. Ignoriert wurde alles, was vorher geschehen ist. Wladimir Putin sei ein bössartiger Kriegstreiber, ein Verbrecher (wie Joseph Biden ihn nannte), der einen Nachbarstaat überfallen habe, er führe einen gnadenlosen, imperialistischen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Das war überall zu lesen und zu hören. Es wäre zu prüfen gewesen, ob das wirklich der Fall war. Aber schon die Frage zu stellen, zieht Schmähungen und Bedrohung nach sich.

In der Charta der Vereinten Nationen heißt es in Artikel 51:

"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und

Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält."

Der Artikel gewährt also im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht zur Selbstverteidigung und zur Nothilfe (zur kollektiven Selbstverteidigung). Darauf berief sich Russland beim Einmarsch in die Ukraine, die aufgerüstet wurde, um gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie gegen die mittlerweile zur Russischen Föderation gehörende Krim militärisch vorzugehen.

Ab Mitte Februar 2022 kulminierte der Bürgerkrieg, und es fand ein massiver Angriff auf Donezk und Lugansk statt. Es drohte ein Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung im Osten der Ukraine, wo bis Anfang 2021 bereits mehr als 13.000 Menschen getötet, etwa eine Million in die Flucht getrieben und Städte und Dörfer zerstört worden waren. Demnach war Nothilfe nach Artikel 51 der UN-Charta aus der Sicht Russlands geboten. Allerdings hatte kein militärischer Angriff auf dem Territorium Russlands stattgefunden, Selbstverteidigung traf also nicht zu. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Ukraine von den USA mit modernsten Waffen ausgerüstet worden war und dass Selenskij zudem damit gedroht hatte, sich Atomwaffen zu beschaffen. Außerdem hatten die USA Russlands berechnete Forderung nach Sicherheitsgarantien abgelehnt.

Die Frage, auf die letztlich alles hinausläuft, ist, ob ein Land einer unmittelbar drohenden Gefahr militärisch begegnen darf, obwohl es noch nicht militärisch angegriffen wurde. Vereinfacht ausgedrückt: Darf jemand mit Gewalt gegen einen Verbrecher vorgehen, der an seiner Tür rüttelt? Die Kiewer Regierung ging ja in unmenschlicher Weise mit Artillerie und Panzern gegen die Zivilbevölkerung in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk vor und brachte Tausende Menschen um. Das erfüllt den Tatbestand des Völkermords (Genozid) nach Paragraph 6 des Völkerstrafgesetzbuches:

"Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, ein Mitglied der Gruppe tötet, einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt, die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ... wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft."

Demnach könnte sich Russland bei seiner humanitären Intervention auch auf seine Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, kurz RtoP) für die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine berufen, ein völkerrechtlich allgemein anerkanntes Gebot zur Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen. RtoP ist allerdings eine problematische Doktrin, die ursprünglich von den USA und der NATO ins Völkerrecht eingebracht wurde, um den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen. Die ukrainische Armee sowie Freiwilligenverbände und faschistische Truppen haben die Menschen in Donezk und Lugansk jahrelang beschossen und bombardiert, ohne dass der UN-Sicherheitsrat einschritt. Da im Februar 2022 ein Großangriff erfolgte, sah sich Russland veranlasst, zum Schutz der ostukrainischen Bevölkerung militärisch einzugreifen und unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta den angegriffenen Volksrepubliken Nothilfe zu leisten.

Beim Einmarsch in die Ukraine hatte die russische Regierung den UN-Sicherheitsrat informiert, wie es Artikel 51 der Charta verlangt. Wladimir Putin hatte sich zu den Gründen seines Vorgehens in einer Rede an die Nation gewandt und diese Rede zusammen mit der Anzeige über den Militäreinsatz an die Vereinten Nationen gegeben. Doch die UN-Vollversammlung missbilligte den Einmarsch am 2. März 2022 auf das Schärfste und beschloss mit fünf Gegenstimmen (Weißrussland, Eritrea, Nordkorea, Russland, Syrien), dass Russland seine Kampfhandlungen beenden und sich aus der Ukraine zurückziehen müsse.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auf der UN-Vollversammlung, auf der regelmäßig die USA und ihre Vasallen dominieren, nicht sämtliche Fakten und die Entwicklung in der Ukraine berücksichtigt wurden. Außerdem ist es den Vereinten Nationen selbst nicht gelungen, ihre Charta gegen NATO-Staaten durchzusetzen, die mehrfach eklatant dagegen verstoßen haben. (...)

Angela Merkel wollte Krieg – Russland fordert Reparationszahlungen

Krieg mit Russland war die Absicht, die der sogenannte Wertewesten von vornherein in und mit der Ukraine verfolgt hat. Das geht aus Interviews hervor, die Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel am 24. November 2022 und am 8. Dezember 2022 dem Spiegel und der Zeit gegeben hat. Offenbar um sich gegen Vorwürfe zu wehren, sie sei in ihrer Russland-Politik zu naiv und russlandfreundlich gewesen, sagte sie, das Minsker Abkommen von 2014 sei unterzeichnet worden, um der Ukraine "Zeit zu geben", und die Kiewer Regierung habe die Zeit genutzt, "um stärker zu werden". Nachdem die Kiewer Ukraine – offensichtlich im Einvernehmen mit den USA – 2014 vor der Haustür Russlands Feuer gelegt hatte, wurde der Bürgerkrieg im Donbass so weit angeheizt, dass es zu einem Krieg mit Russland kommen musste. Demnach haben Deutschland, Frankreich, die Ukraine und die USA in den Jahren vor dem russischen Einmarsch doppeltes Spiel getrieben, das heißt intrigiert, gelogen und Kriegsvorbereitungen getroffen.

Der russische Präsident Wladimir Putin zeigte sich tief enttäuscht. Er beklagte einen Mangel an Ehrlichkeit und erklärte am 9. Dezember 2022 auf dem Gipfel der Eurasischen Wirtschaftsunion in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek:

"Nach solchen Aussagen stellt sich die Frage: Wie können wir uns einigen? Und gibt es jemanden, mit dem man sich einigen kann? Welche Garantien gibt es?"

Er fügte hinzu:

"Das Vertrauen ist natürlich fast auf dem Nullpunkt ..., aber letztendlich muss eine Einigung erzielt werden. ... Ich habe schon oft gesagt, dass wir zu einer Vereinbarung bereit und offen sind."

Mit dem Minsker Abkommen sollte der Konflikt im Donbass durch Verhandlungen beigelegt werden. Nach den ans Licht gekommenen Machenschaften machte der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, am 19. Dezember 2022 im Nachrichtendienst Telegram Deutschland und Frankreich für das Scheitern des Friedensplans verantwortlich:

"Die im Voraus geplante Nichterfüllung der bei der Unterzeichnung eines internationalen Vertrags auf sich genommenen Verpflichtungen – das bedeutet nicht nur einen Vertrauensverlust, sondern ein Verbrechen",

wofür sich die Unterzeichner des Minsker Abkommens – Merkel, Hollande und Poroschenko – verantworten müssten. Sie seien an der Energiekrise in Europa schuld und außerdem müssten sie "den Bewohnern des Donbass-Gebietes Kompensation zahlen". Die Lage in der Ukraine sei "die Folge der verlogenen Politik der Führer dieser Staaten". Mit der Invasion vom 24. Februar 2022 habe Moskau eine Entmilitarisierung der Ukraine erreichen wollen.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch "Ausnahmezustand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts", das vor wenigen Tagen im Verlag zeitgeist erschienen (<https://zeitgeist-online.de/ausnahmezustand>) ist. Die Veröffentlichung erfolgte mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm erschienen 2014 "Die Eroberung Europas durch die USA", 2019 "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen" sowie "Der neue West-Ost-Konflikt" und 2021 "Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen".

* * *

Lady Macbeth mit Welpenblick: Baerbocks Krieg gegen Russland

<https://freeassange.rtde.me/meinung/160870-baerbock-und-der-krieg-gegen-russland-wir-haben-zu-fuerchten-wer-es-weiss/>
25.01.2023

"Was haben wir zu fürchten, wer es weiß, da niemand unsre Gewalt zur Rechenschaft ziehen darf?" Bei Lady Macbeth war es ein Mord. Baerbock nimmt Anlauf, will Macbeth weit hinter sich lassen. Für ihr Geplapper wird man künftige Generationen mit ihrem Namen erschrecken.

Von Dagmar Henn

Wenn die Gesichter der Menschen ihr tatsächliches Inneres zeigen würden, wie sähe dann das Gesicht von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock aus? Könnte sie sich noch im Spiegel betrachten? Würde sich ihr noch irgendjemand nähern wollen?

So etwas geht einem durch den Kopf, wenn man ihre Rede vor dem Europarat anhören muss. In der erzählt sie, wie üblich, in schlechtem Englisch eine rührende Anekdote, von einer 16-Jährigen, die sie in Charkow getroffen habe, die nicht mehr zum Volleyball könne und sich im Keller verstecken müsse, die aber aus Italien zurückgekehrt sei, weil das ihre Heimat sei.

Ganz abgesehen davon, dass jeder, der in Bezug auf Deutschland das Wort Heimat auch nur in den Mund zu nehmen wagt, sofort die grünen Inquisitoren von Correctiv und Volksverpetzer auf den Hals gehetzt bekäme; abgesehen davon, dass das vielleicht zu einer Kreistagsabgeordneten passt, solche Geschichtchen zu erzählen, aber nicht zu einer Außenministerin, ist das die übliche Heuchelei von "Da sterben Menschen". Denn der einzige Grund, warum man Probleme hätte, dieser 16-Jährigen eine Altersgenossin aus dem Donbass, sagen wir mal, aus Gorlowka entgegenzustellen, ist, dass die dortige 16-Jährige vielleicht nie dazu kam, Volleyball zu spielen, weil ihre Schule schon seit über acht Jahren immer wieder unter Beschuss liegt. Ansonsten befinden sich, so sehr das Frau Baerbock überraschen mag, auf jeder Seite jedes Krieges immer Menschen.

Nur dass ihr die Tatsache, deutsche Außenministerin zu sein, das Recht nimmt, eine solche Geschichte zu erzählen. Denn entgegen ihrer Selbstdarstellung ist sie nicht Beobachterin dieser Ereignisse, sondern Täterin. Ganz persönlich. Sie hätte die Möglichkeit gehabt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen oder deren Umsetzung zumindest zu versuchen. Dann müsste weder das Mädchen in Charkow noch das in Gorlowka seine Nächte im Keller verbringen.

Zugegeben, als Darstellerin ist sie gut gewählt. Sie hat immer diesen Welpenblick, man ist versucht, ihr das unschuldige Getue abzunehmen. Aber gerade heutzutage darf man nie, unter keinen Umständen vergessen, dass die Informationen, die in den Ministerien vorliegen, sich längst extrem von jenen unterscheiden, die den deutschen Massen verabreicht werden. Natürlich kennt man im Auswärtigen Amt die gesamte Vorgeschichte, bis zurück zur deutschen Förderung der Bandera-Ideologie in der Ukraine ab 1992; man weiß vom Krieg im Donbass, genau genug, dass der pathetische Verweis auf Kinder, die jetzt in anderen Teilen der Ukraine ums Leben kommen, nicht

getrennt werden kann von der Liste all der Kinder, die ukrainischen Geschossen zum Opfer fielen.

Die rhetorische Unfähigkeit, die von ihren Mitarbeitern konstruiert sein muss, denn es ist kaum vorstellbar, dass am Werderschen Markt niemand mehr übrig ist, der ein halbwegs elegantes Englisch formulieren kann, dieses sprachliche Gestolpere dient nur dazu, die vermeintliche Kindlichkeit weiter zu unterstreichen.

Dabei gab es seit Langem keinen Inhaber dieses Amtes in Deutschland, der so viel Blut an den Händen hat wie Baerbock. Ihre wahre Gestalt müsste eine breite, rotglänzende Schleifspur auf dem Boden hinterlassen. Was sagte sie noch, warum man unbedingt an der Seite der Ukraine stehen müsse? Weil man keine Welt wolle, in der Herrscher ihre Bürger wie Bauern in einem geopolitischen Schachspiel verwenden?

Wenn sie nicht weiß, dass genau das gerade mit den Ukrainern geschieht, zu Zehntausenden, in Artjomowsk, dann nur, weil sie konsequent weggehört hat. Und weggesehen. Weggelesen. Es ist erst wenige Tage her, dass der Spiegel mit Berufung auf den BND mal ein wenig Wahrheit über die ukrainischen Verluste dort verbreitete. Das war nur ein Ausschnitt aus dem, was im Auswärtigen Amt auf dem Tisch landen dürfte. Aber Baerbock hat vermutlich jemanden beauftragt, das alles an ihrer Stelle zu lesen und dann Schweigen darüber zu bewahren, damit keine Falte ihre Maske der Unschuld beeinträchtigt.

Selbst das Pentagon hat in der US-Presse mittlerweile verkündet, es wolle, dass Wladimir Selenskij seine Truppen aus Artjomowsk zurückzieht. Sicher ist nicht ganz klar, ob das der eigenen Absicherung dient oder wirklich entsprechende Anweisungen an den Kiewer Statthalter gingen; aber eines ist nicht von der Hand zu weisen – selbst als Ausrede würde das nicht gebracht, wenn die Verluste dort nicht entsetzlich wären.

Sieht sie sich an, wie es dort aussieht? Die Aufnahmen aus den Schützengräben? Oder nur die riesigen Gräberfelder in der Ukraine? Sieht sie die Videos, die zeigen, wie selbst in Lwow, der Hochburg der Bandera-Ideologie, inzwischen die Rekruten von der Straße weggefangen werden? Wie sogar Krankenwagen zur Tarnung genutzt werden, um Nachschub für den Fleischwolf zu beschaffen? Wenn sie schon kein Mitleid mit den Mädchen in Gorlowka hat, hat sie es wenigstens mit diesen ukrainischen Männern, die unerbittlich weiter ins Feuer der russischen Artillerie gejagt werden?

Nein, sie sieht sich das alles sicher nicht an. "Wir mussten zwischen Ungerechtigkeit und Gerechtigkeit, Freiheit und Unterdrückung wählen", sagte sie in Straßburg. Dass sie Ungerechtigkeit und Unterdrückung gewählt hat, sagt sie nicht.

Man muss entweder sehr dumm oder sehr bösartig sein, um eine solche Vorstellung abzuliefern. Das war auch bei ihrer Kritik an der Türkei zu merken, der sie die Inhaftierung eines Journalisten vorhielt. Wirklich, die Türkei ist das Problem? Wie ist das noch einmal mit Julian Assange, der von einem Mitglied des Europarats in Haft gehalten wird, unter hanebüchenen Vorwänden?

Vielleicht gibt es gar keine deutsche Außenministerin Baerbock, und wir haben es mit einem entronnenen Exemplar der Stepford Wives zu tun, einem Roboter, dessen Gedächtnis täglich gelöscht wird, damit nicht aus Versehen doch Assange oder Gorlowka mit der Vorführung kollidieren. Denn die eiserne Disziplin, das abzusondern, was sie absondert, ohne mit der Wimper zu zucken, die ist menschlich schon kaum mehr vorstellbar.

"Was uns alle im Rat bindet, ist unsere Hingabe an die Herrschaft des Rechts." Diesen Moment sähe man gerne in einer globalen Konferenzschaltung, von Argentinien bis Simbabwe, wenn Baerbock

von Hingabe an die Herrschaft des Rechts spricht. Wobei nicht lange etwas zu sehen sein dürfte, da es die meisten Zuschauer vor Lachen vom Stuhl reißen würde. Gerade jetzt, da die EU sich daranmacht, das neunte völkerrechtlich völlig illegale Sanktionspaket zu verabschieden und gleichzeitig die Mitgliedsstaaten gierig nach eingefrorenen russischen Vermögenswerten greifen. Nachdem bekannt ist, dass alle Beteiligten der Minsker Vereinbarungen mit Ausnahme der Donbassrepubliken und Russlands diese nur unterzeichnet hatten, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen, und damit in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht verstießen, vorsätzlich, da die Vereinbarungen schließlich vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet und damit zu Völkerrecht gemacht worden waren ...

"Wir würden gerne den Nutzen eurer Lektionen aus der Vergangenheit haben", führt sie dann noch eine weitere Gestalt an, die sie diesmal in Kasachstan gefunden haben will. Sicher, junge Leute, die unter den Einfluss westlicher NGOs geraten, glauben, dass im Westen alles, das glänzt, Gold sei. Die wichtigste Lektion aus der Vergangenheit wäre, sich nie wieder über andere Völker zu erheben. Das ist passgenau die Lektion, die Baerbock nie gelernt hat. Sie merkt es nicht, dass sie mit ihrem Schweigen zu Assange bei gleichzeitigem Angriff gegen die Türkei eine Grenze zwischen Herren und Knechten zieht; und das Gleiche tut sie mit ihrem Schweigen zu Gorlowka.

Sie tut das auch den Ukrainern gegenüber, was Sinn ergibt, wenn man sie gerade zu Tausenden abschlachten lässt. Sonst könnte einen doch irgendwann ein schlechtes Gewissen quälen. Das zu übertünchen wäre dann aber zu viel Arbeit für die Visagistin, die dafür bezahlt wird, das Antlitz der Annalena von der heiligen Unschuld immer makellos zu halten.

"Wie, wollen diese Hände denn nie rein werden?" Nein, sie werden es nicht mehr. Denn neben ihrer Forderung, deutsche Panzer gen Russland zu schicken, in einen Krieg, den sie gefördert hat und der gerade eine ganze Generation der ihr vermeintlich so wertvollen jungen Ukrainer zermalmt, hat sie noch etwas anderes getan, das ein deutscher Minister nie wieder hätte tun dürfen. Und sicher ist es ihr dabei wichtig, "dass wir es gemeinsam tun und dass wir uns in Europa nicht gegenseitig die Schuld zuschieben". Schon allein, weil ihr eigener Anteil an dieser Schuld nicht unbeträchtlich ist.

Wie ist es, wenn es gesagt ist? Gelten dann alle rechtlichen und materiellen Konsequenzen? Oder zieht sie sich darauf zurück, dass sie ja nur die Außenministerin ist und das folgenlos bliebe, solange es nicht der Kanzler sagt oder gar als Urkunde in Moskau eingeht? Schläft sie noch immer zu gut oder leidet sie unter unstillbarer Blutgier?

"Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland." Da ist er, der Satz. Wenn es einen Satz gibt, mit dem ein Mitglied einer deutschen Regierung das Urteil der Geschichte über sein gesamtes Tun fällt, dann ist es dieser. Da hilft kein noch so unschuldiges Gesicht. Da gibt es auch keine Waschsüssel, die groß genug wäre, diese Hände wieder rein werden zu lassen. Das ist ein Satz, für den sie womöglich noch Generationen verfluchen werden.

"Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland." Darauf kann man nicht anders antworten als die Kammerfrau von Lady Macbeth: Ich möchte nicht ein solches Herz im Busen tragen, nicht für den Königsschmuck des ganzen Leibes.

* * *

Alexander Dugin: "Ich plädiere für eine Vielfalt der Zivilisationen"

<https://freeassange.rtde.me/meinung/161211-alexander-dugin-ich-plaediere-fuer/>
28.01.2023

Der Philosoph Alexander Dugin gilt als einflussreicher Einflüsterer Wladimir Putins. Er

geißelt die "liberale Diktatur" des Westens und sieht Russland in der Ukraine am Abgrund. Es drohe eine nukleare Apokalypse. Dabei sei eine friedliche Koexistenz möglich.

Von Guy Mettan

Bei einer Russlandreise im Dezember 2022 hatte ich die Gelegenheit, auf dem Rückflug von Sibirien nach Moskau mit Alexander Dugin zu sprechen. Vier Monate nach dem Mord an seiner Tochter Darja unterhielt ich mich mit dem bärtigen Philosophen, der oft als rechtsextremer Nationalist dargestellt und in westlichen Medien als "Putins Rasputin" und "Ideologe des Kreml" beschrieben wird, über sein Denken, seine radikale Kritik an der westlichen Moderne und den Krieg in der Ukraine. Das Gespräch wurde auf Französisch geführt – Dugin spricht ein Dutzend Sprachen.

Weltwoche: Herr Dugin, am 20. August kam Ihre Tochter Daria bei einem Mordanschlag, der offensichtlich auch Ihnen galt, ums Leben. Wer sollte einen Philosophen und dessen Tochter ermorden wollen?

Alexander Dugin: Der einzige Grund waren meine patriotische Haltung und meine Opposition gegen die Hegemonialpolitik des Westens. Vor diesem Attentat wurde ich als "gefährlichster Philosoph für den Westen" bezeichnet. Ich glaube, dass ich als Zielscheibe ausgewählt wurde, weil meine Ideen gegen die Herrschaft der Globalisten gerichtet sind und weil ich einen immer despotischer auftretenden Westen kritisiere. Der Übergang von Worten zu kriminellen Handlungen ist sehr ernst. Denn er bedeutet, dass niemand mehr sicher ist, wenn er die Globalisten kritisiert. Es ist ein Zeichen dafür, dass eine neue Diktatur kommt, die liberale Diktatur. Ich habe die totalitäre Natur des Liberalismus immer angeprangert.

Weltwoche: Warum machen Sie dem Westen so viel Angst?

Dugin: Ich vertrete die Theorie des Eurasianismus. Dieser schlägt eine alternative Struktur zu einer liberalen Weltordnung vor. Ich plädiere für eine multipolare Weltordnung, für eine Vielfalt der Zivilisationen, die untereinander einen Dialog führen und zu denen auch Eurasien gehört. Andere große Zivilisationsräume sind China, Indien, Afrika, Lateinamerika und die arabisch-muslimische Welt. Die eurasische Vision schmälert die Macht des Westens. Sie bekräftigt die Freiheit und das Recht anderer Zivilisationen, unabhängig zu existieren. Und das gilt nicht nur für Russland, sondern für die ganze Welt.

Weltwoche: Wie meinen Sie das genau?

Dugin: Jede Zivilisation hat das Recht, die menschliche Existenz, die Zeit, Gott, den Tod, das Gute und das Böse selber zu bestimmen. Russland kämpft für das Recht aller Zivilisationen, ihre eigenen Wertesysteme zu besitzen. Das Hauptproblem des Westens ist es zu akzeptieren, dass der Westen nur eine Provinz der Menschheit sein könnte, nicht der Mittelpunkt.

"Jede Zivilisation hat das Recht, die menschliche Existenz, das Gute und das Böse selber zu bestimmen."

Weltwoche: Was ist das Wesen der russischen Zivilisation? Woher kommt der Eurasianismus?

Dugin: Er ist die Fortsetzung der Theorie der Slawophilen, die der Ansicht waren, dass Russland kein europäisches Land sei, sondern eine besondere Zivilisation, die sowohl aus westlichen Elementen als auch aus östlichen, asiatischen Einflüssen resultiert. Dieser doppelte Einfluss bildete die Grundlage für ein eigenständiges Gebilde, das auf der Tradition von Byzanz und der Orthodoxie einerseits und der Mongolen andererseits aufbaute.

Weltwoche: Ist in dieser Perspektive der Mongolenherrscher Dschingis Khan ein Ahnherr Russlands?

Dugin: Das von ihm gegründete Reich vereinte Dutzende verschiedener Völker und Kulturen und diente als Vorbild für den Aufbau des übernationalen russischen Imperiums. Die Moskauer Fürsten ließen sich stark davon inspirieren. Das mongolische Großreich lieferte den Rahmen für eine politische und soziale Organisation, die es Völkern unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Religion ermöglichte, harmonisch zusammenzuleben.

Weltwoche: Und der andere Einfluss?

Dugin: Er kam, insbesondere auf religiöser Ebene. Aus Byzanz und der Orthodoxie, die die Idee des Katechon, des christlichen "Aufhalters", des Kaisers, entwickelten. Er besaß eine eschatologische, metaphysische Dimension. Seine Aufgabe war es, den Antichristen daran zu hindern, die gesamte weltliche Macht auf der Erde an sich zu reißen. Dieses doppelte Erbe hat das geopolitische, historische und zivilisatorische Bewusstsein Russlands geformt. Ihm ist es zu verdanken, dass Russland nicht nur ein Land, sondern eine eigenständige Zivilisation ist.

Weltwoche: Die Russen als auserwähltes Herrenvolk? Können Sie westliche Kritiker verstehen, die in solchen Visionen Überheblichkeit erkennen?

Dugin: Das ist völlig falsch. Wenn ich ein Rassist, Faschist, Nationalist oder Suprematist wäre, würde ich das gerne gestehen. Aber die multipolare Welt, für die ich mich einsetze, ist das Gegenteil von Suprematismus, egal, wie er aussieht, ob amerikanisch, russisch oder sonst wie. Ich glaube, dass alle Zivilisationen, insbesondere die sogenannten archaischen, traditionellen oder auf vormodernen oder antimodernen Werten beruhenden Kulturen, genauso wertvoll sind wie die moderne westliche, technologisch entwickelte, säkulare, atheistische und materialistische Zivilisation. Ich verteidige das Recht jeder Zivilisation, sie selbst zu sein. Das gilt auch für den Westen und seine postmodernen, ultraliberalen oder wokistischen Werte. Es ist der mörderische globalistische Westen, der andere Zivilisationen daran hindert, sie selbst zu sein.

Weltwoche: Welche Rolle spielt die Nation in diesem Konzept?

Dugin: Ich bin ein Feind der Nationalisten. Die Nation ist eine westliche, moderne, bürgerliche Erfindung. Ich befürworte eine traditionelle Organisation der Gesellschaft mit verschiedenen und vielfältigen Staaten, eine Aristokratie des Geistes, die über der Herrschaft des Wirtschaftlichen steht. Ich bin antimaterialistisch, antibürgerlich, weil ich glaube, dass der Triumph der Bourgeoisie tödlich war.

Weltwoche: Das müssen Sie einer Schweizer Zeitung, die bürgerliche Werte hochhält, bitte erklären.

Dugin: Die Bourgeoisie hat historisch die anderen Stände und gesellschaftlichen Schichten entmachtet. Der größte Teil des Volkes bestand immer aus den Bauern und nicht aus den Bourgeois. Nun war es die kleine bürgerliche Minderheit, die die Macht auf Kosten der Mehrheit des Volkes an sich gerissen hat. Der Aufstieg der Bourgeoisie war eine Pathologie, ein Rückschritt und kein Fortschritt. Ich hasse die Bourgeoisie. Und ich bin antiliberal, weil der Liberalismus zur dritten Form der totalitären Ideologie in der modernen Geschichte geworden ist.

Weltwoche: Liberalismus steht für Freiheit, Selbstbestimmung. Wie kommen Sie darauf, dass liberale Vorstellungen totalitär werden können?

Dugin: Meine Kritik konzentriert sich auf die westliche Moderne, weil ich glaube, dass sich diese Moderne im diktatorischen Kommunismus und im Faschismus manifestiert hat. Beide entstanden im Westen. Auf eine stärker verschleierte Art gilt das auch für den Liberalismus. Er ist hegemonial und kolonial. Er betrachtet seine Werte als universell. Er duldet keine Vielfalt. Die Liberalen sind totalitär, weil sie ihre LGBT+- und Gender-Normen, die Ehe für alle, den Wokismus und den Ultrakapitalismus als einzig mögliche Werte durchsetzen wollen. Dieser Liberalismus hat faschistische Züge, indem er seine Normen um jeden Preis der gesamten Menschheit aufzwingen will. Damit führt er rassistische und koloniale Verhaltensweisen der Vergangenheit fort.

Weltwoche: Sie setzen dem die "Vierte Politische Theorie" entgegen. Was verstehen Sie darunter?

Dugin: Mit ihr will ich die westliche Auffassung überwinden, dass man nur zwischen drei Systemen wählen kann: Kommunismus, Faschismus oder Liberalismus. Wenn Sie keines der drei sind, haben Sie keinen Platz in dieser Welt. Die Vierte Politische Theorie will die Unabhängigkeit des Denkens bewahren. Sie ist das Gegenteil von Dogmatismus. Sie steht für Multipolarität und den Kampf gegen die schädlichen Dogmen der Moderne. Ich habe kein Problem damit, dass man kapitalistisch ist, aber nur, wenn man auch antikapitalistisch sein kann, wenn man das möchte.

Weltwoche: Wo steht da die liberale Demokratie?

Dugin: Die liberale Demokratie ist kein absoluter Wert. Der Westen verhält sich jedoch so, als seien Menschen, die sich seinen Ansichten widersetzen, Kriminelle und Terroristen. Wer sich nicht an diese Weltanschauung hält, wird eliminiert, wie man beim Mord an meiner Tochter gesehen hat.

Weltwoche: Ist der Westen überhaupt stark genug, seine Ansichten durchzusetzen? Viele sehen dem Westen im Niedergang.

"Wenn ich ein Rassist, Faschist, Nationalist oder Suprematist wäre, würde ich das gerne gestehen."

Dugin: Zu Trumps Zeiten dachte ich, der Westen werde die Multipolarität friedlich akzeptieren, sich auf den atlantischen Raum beschränken und so den dritten Weltkrieg vermeiden. Doch mit extremistischen Fanatikern wie Joe Biden, George Soros und den US-Demokraten steht die Welt am Rande des Abgrunds. Diese Globalisten sind bereit, die Menschheit für ihre Ideen zu opfern. Sie wollen nicht anerkennen, dass es auch einen Nicht-Westen, andere Zivilisationen gibt, die ihre Hegemonie ablehnen.

Weltwoche: Biden gilt als eher gemäßigter Demokrat, er ist doch kein Fanatiker.

Dugin: Mit ihm sind wir in ein Zeitalter der Katastrophe eingetreten, weil der Westen entschlossen ist, die Multipolarität um jeden Preis zu bekämpfen. Das ist sehr gefährlich, weil Russland Widerstand leisten und seine Zivilisation verteidigen will. China wird das nächste Ziel sein, und die anderen werden folgen. Wir möchten, dass der Westen unsere Einzigartigkeit akzeptiert. Wir möchten in einer multipolaren Welt in Frieden mit anderen leben, aber uns wird keine Chance dazu gegeben.

Weltwoche: Wie sehen Sie den Konflikt in der Ukraine?

Dugin: Der Krieg in der Ukraine ist schwieriger, als anfangs angenommen wurde. Man muss wissen, dass wir diesen Krieg nicht verlieren dürfen, da es um unsere Existenz geht. Wir stecken in der Klemme: Wir können nicht verlieren, aber es ist sehr schwer, zu siegen. Das macht die Situation

dramatisch, vielleicht sogar katastrophal. Denn Russland wird bis zum Ende kämpfen, und dieses Ende kann die nukleare Apokalypse sein. Dieser Ausgang wird immer greifbarer.

Weltwoche: Der Westen wirft Russland vor, die Ukraine vernichten zu wollen.

Dugin: Es geht nicht um die Ukraine, sondern um das globale Sicherheitsgleichgewicht zwischen Russland und dem Westen. Es ist ein Krieg der Zivilisationen. Russland hatte nichts gegen die Ukraine als unabhängigen Nationalstaat. Eine solche Ukraine wäre eine Brücke zwischen uns und Europa gewesen, offen zu uns, weil die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung ursprünglich russisch war – auch wenn das heute nicht mehr der Fall ist –, und offen zu Europa, weil die andere Hälfte der Ukraine prowestlich ist. Doch diese historische Chance wurde vertan, und der ukrainische Staat wurde faschistisch, ultranationalistisch und russophob. Er verwandelte sich in die Speerspitze des Kampfes gegen Russland, was wir nicht tatenlos hinnehmen konnten. Deshalb ist dieser Krieg ausgebrochen. Er war nicht von uns gewollt.

Weltwoche: Wie kann Russland dem westlichen Hegemonialstreben Einhalt gebieten?

Dugin: Der richtige Weg ist der Aufbau einer multipolaren Welt. Hegemonie ist per Definition unipolar in allen Bereichen, wirtschaftlich, kulturell, sozial, informationstechnisch, zivilisatorisch, ideologisch, spirituell, wissenschaftlich. Daher muss sie auf jeder Ebene bekämpft werden. Kapitalismus, nein! Liberale Demokratie, nein! Gender-Politik, nein! Kulturverzicht, nein! Weltregierung, nein!

Weltwoche: Betrachten wir andere Zivilisationen. Sie haben insbesondere Ihre Bewunderung für die chinesische und afrikanische Zivilisation zum Ausdruck gebracht. Was bewundern Sie an ihnen?

Dugin: Ich war Professor an der Fudan-Universität in Schanghai und habe China gut studiert. Die chinesische Zivilisation ist beispielhaft, weil sie Moderne und Tradition miteinander in Einklang bringt. Die große konfuzianische Zivilisation strukturiert zudem die Beziehungen zwischen dem Individuum und dem Staat. Es ist das verborgene Genie der chinesischen Kultur, ein Gleichgewicht zwischen dem Individuum und dem Kollektiv, zwischen der menschlichen Person und dem Staat, zu schaffen. Chinas Kapitalismus beruht auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz. Man strebt danach, in Harmonie mit dem Anderen zu handeln. Der chinesische Kapitalismus ist nicht westlich. China hat es geschafft, die Prinzipien des Kapitalismus mit denen der östlichen Kultur zu vereinen.

Weltwoche: Und Afrika?

Dugin: Afrika verfügt über einen großen Reichtum an Kulturen, den es allzu oft ignoriert. Als die Entkolonialisierung begann, wollte man den Westen nachahmen und importierte den Kapitalismus, den Sozialismus, den Nationalismus und den Kommunismus, die in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung der Kolonialisierung waren. Heute muss Afrika zu den Ursprüngen unabhängigen afrikanischen Bewusstseins zurückkehren. Afrika ist nicht homogen. Es hat unzählige Völker, Kulturen, Sprachen und Ethnien. Die postkolonialen Grenzen haben große Einheiten aufgebrochen und Ethnien und Kulturen geteilt, um künstliche Nationen zu schaffen, die sich bekämpften und die Entstehung eines panafrikanischen Bewusstseins verhinderten. Man sollte die afrikanischen Völker sich so entwickeln lassen, wie sie es wollen, auf ihrem eigenen Weg, mit ihren eigenen Werten, im Einklang mit ihren eigenen Kulturen.

Weltwoche: Wo steht der Islam?

Dugin: Die islamische Kultur ist eine weitere Inspirationsquelle, ebenso die Kultur Indiens oder

Lateinamerikas, die weder europäisch noch liberal noch asiatisch sind. Man muss ihnen erlauben, sich unabhängig zu behaupten, und darf ihnen keine fertigen Gebote aufzwingen. Die Russen können übrigens dazu beitragen, aber ohne ihre eigenen Visionen aufzuzwingen.

Weltwoche: Ist das der Unterschied zum Westen?

"Tradition ist keine Rückkehr in die Vergangenheit, sondern eine Wiederentdeckung der Ewigkeit."

Dugin: Ja. Für uns Russen hat der Andere das Recht, ein Anderer zu sein. Für den Westler sind Afrikaner, Araber oder Lateinamerikaner erst respektabel, wenn sie nicht mehr Afrikaner, Araber oder Lateinamerikaner sind und sich verwestlicht haben, indem sie europäische Gepflogenheiten übernommen haben, von der Kleidung bis zu Gender-Theorien. Diese Unfähigkeit, die richtige Haltung gegenüber dem Anderen zu finden, ist die Todsünde des Westens.

Weltwoche: Eine letzte Frage. Warum diese radikale Antimoderne? Gibt es in der heutigen Moderne nichts mehr zu retten?

Dugin: Die Moderne ist ein Prozess. Folgt man ihm, wird es zur Überwindung des Menschen durch die Maschine, zum Aufkommen asexueller Persönlichkeiten und zur Reproduktion der menschlichen Gattung ohne menschliches Zutun kommen. Denn der Individualismus, die Triebfeder der Moderne, der Säkularismus, der Atheismus und die Verneinung der Tradition führen uns direkt in die Entmenschlichung. Wir sind uns dessen nicht bewusst, weil wir die Moderne anhand der Kriterien der Moderne selbst und der modernen Werte beurteilen. Wenn wir sie jedoch mit den Augen der Tradition beurteilen würden, könnten wir die zunehmende Entmenschlichung wahrnehmen und sehen, wie der Humanismus, wenn er bis zum Äußersten getrieben wird, zum Verschwinden des Menschen führt. Deshalb muss die gesamte Moderne abgelehnt werden, nicht nur dieser oder jener ihrer Aspekte.

Weltwoche: Stattdessen eine Flucht zurück, in die Tradition?

Dugin: Tradition ist keine Rückkehr in die Vergangenheit, sondern eine Wiederentdeckung der Ewigkeit. Die Moderne begann mit der Verneinung der Ewigkeit. Die Ewigkeit existiert nicht um ihrer selbst willen. Es ist von entscheidender Bedeutung, die ewige Dimension des Seins wiederzuentdecken. Die Ewigkeit ist auch keine unbestimmte Dauer, sondern eine andere Dimension des Seins, die senkrecht zur Zeitlinie steht und sowohl vertikal als auch transversal ist. Sie gehört nicht nur der Vergangenheit an, sondern auch der Gegenwart und der Zukunft.

Die Weltwoche hat nach dem Interview mit Alexander Dugin noch nachstehenden Text zur Person des Philosophen angefügt, den wir hier unverändert wiedergeben.

WER IST ALEXANDER DUGIN?

Für die einen ist er "Putins Rasputin", der dem Kremlchef üble Ideen einflüstert. Für die anderen steht er in der Tradition großer russischer Denker wie Lew Tolstoi oder Alexander Solschenizyn. Sicher ist, dass sich an Alexander Dugin die Geister scheiden.

Woher er kommt, was er früher getan hat – all dies ist von Geheimnissen umgeben, an denen der 61-Jährige Philosoph eifrig mitgewoben hat. So soll er entweder für den KGB oder als Straßenkehrer gearbeitet haben – die Bandbreite ist groß.

Heute ist Dugin der prominenteste Vertreter des Eurasismus, einer Ideologie, die im eurasischen Kontinent ein traditionelles Gegengewicht zum angeblich dekadenten atlantischen Westen sieht. Von 2010 bis 2014 war er Professor für Soziologie der internationalen Beziehungen an der Lomonossow-Universität Moskau. Dugin, der von Nietzsche und Carl Schmitt beeinflusst wurde, lehnt den Liberalismus ab. In seinem Denken finden sich auch rechtsextreme Elemente. Eine Zeit lang war er Co-Vorsitzender der 2005 verbotenen Nationalbolschewistischen Partei Russlands.

Ob er Einfluss auf Putin hat, ist ungewiss. Offenbar hat er ihn nie getroffen. Allerdings gilt sein Standardwerk "Grundlagen der Geopolitik" als wichtiges Lehrbuch für angehende russische Generalstabsoffiziere. In der Ukraine sieht man ihn offenbar als Bedrohung. Die Regierung in Kiew soll hinter dem Anschlag stehen, dem seine Tochter Darja im August 2022 zum Opfer fiel. Eigentliches Ziel soll Dugin gewesen sein. (ky)

Guy Mettan ist ehemaliger Chefredaktor der Tribune de Genève und Großrat des Kantons Genf (früher CVP, heute parteilos).

Redaktionelle Anmerkung: Das vorstehende Interview erschien zuerst am 21. Januar 2023 in der Weltwoche (<https://weltwoche.ch/story/ich-plaedierte-fuer-eine-vielfalt-der-zivilisationen/>) Nr. 03/2023. RT DE dankt für die freundliche Genehmigung zur Wiederveröffentlichung.

* * *

Nukleare Abschreckung: In Russland sucht man nach Wegen, sie wieder glaubhaft werden zu lassen

<https://freeassange.rtde.me/meinung/161033-nukleare-abschreckung-in-russland-sucht-wege/>
29.01.2023

Russlands Geduld ist groß, vielleicht zu groß, aber sie ist nicht unendlich. Mittlerweile sterben auf ehemals sowjetischem Gebiet, auf dem weder die NATO noch die EU das Geringste zu suchen haben, täglich russische Zivilisten und Soldaten. In Russland formiert sich derweil der Druck auf Präsident Putin, den Westen daran zu erinnern, dass man eine Atommacht ist.

Von Anton Gentzen

Wer verstehen will, wie – nicht der verschwörungstheoretisch mystifizierte, sondern der ganz reale und banale – der tiefe Staat funktioniert, dem sei der britische BBC-Serienklassiker aus den 1980er Jahren mit den wechselnden Titeln "Yes Minister" und "Yes Prime Minister" (deutscher Titel "Yes, Premierminister") empfohlen. Auf lehrreiche und zugleich unterhaltsame Art wird dort der eher wenig erfolgreiche Kampf des ambitionierten und populistischen Politikers Jim Hacker gegen "seinen" Regierungsapparat nachgezeichnet.

Salami-Taktik und "The last resort"

Nachdem am Ende der dritten Staffel Hacker von den Beamten (jajawohl, von ihnen und von niemand sonst) dank seiner ihn überaus qualifizierenden Eigenschaften wie sehr oberflächliche Intelligenz, Inkompetenz, Steuerbarkeit und Eitelkeit zum neuen Regierungschef des Vereinigten Königreichs bestimmt wird, spielt sich in der ersten Folge der vierten Staffel nachfolgender Dialog zwischen dem frisch in die Downing Street eingezogenen Hacker und einem Sicherheitsberater ab.

Sicherheitsberater: "Premierminister, Sie glauben an die nukleare Abschreckung?"

Hacker: "Oh ja!"

S.: "Warum?"

Hacker: "Weil sie ... abschreckt."

S.: "Wen?"

Hacker: "Die Russen, von einem Angriff auf uns."

S.: "Warum?"

Hacker: "Weil sie wissen, dass, wenn sie einen Angriff starten, ich den Knopf drücken würde."

S.: "Würden Sie?"

Hacker: "Wenn alle Stricke reißen, ja." (Verunsichert:) "Sicherlich würde ich. Ich denke, ich würde sicherlich. Ja ..."

S.: "Und wo genau reißen alle Stricke?"

Hacker: "Wenn die Russen kurz davor sind, Westeuropa zu überfallen."

(...)

S.: "Sie müssen sich keine Sorgen machen! Warum sollten die Russen ganz Europa annektieren? Die haben ja nicht einmal Afghanistan im Griff. Nein, wenn die Russen irgendwas unternehmen, dann wird es eine Salami-Taktik sein."

Hacker: "Salami-Taktik?"

S.: "Scheibe für Scheibe. Ein kleines Stück nach dem anderen. Auch... Würden Sie den Knopf drücken, wenn die Russen Westberlin überfallen?"

Hacker: "Es kommt darauf an ..."

S.: "Gut. Nehmen wir an, die Russen haben bereits Westdeutschland, Belgien, Holland, Frankreich überfallen und besetzt. Nehmen wir an, ihre Panzer haben den Ärmelkanal erreicht. Nehmen wir an, sie sind dabei, nach England herüberzusetzen. Ist das der Punkt, wo alle Stricke reißen?"

Hacker: "Nein."

S.: "Warum nicht?"

Hacker: "Wir führen doch den nuklearen Krieg, um uns zu verteidigen. Wie können wir uns verteidigen, wenn wir Selbstmord begehen?"

S.: "Was ist denn dann die rote Linie, an der alle Stricke reißen? Piccadilly? Die Autobahnraststätte in Watford? Das Bordell 'Horns Strip Bar'?"

So weit der fiktive Dialog des fiktiven Jim Hacker mit seinem fiktiven Sicherheitsberater. Doch im

realen Russland dieser Tage stellen immer mehr Menschen die letzte Frage daraus ihrem realen Präsidenten:

"Wladimir Wladimirowitsch, was sind Ihre roten Linien, an denen alle Stricke reißen? Der Moskauer Autobahnring? Der Arbat? Der Borowizki-Turm des Kremls?"

Der Westen schätzt Putin falsch ein, auf fatale Weise

Schlimmer noch: Die Entscheidungsträger im kollektiven Westen scheinen sich den Dialog aus der Comedy-Serie doch tatsächlich zur Handlungsanweisung gemacht zu haben. Ganz im Sinne der dort beschriebenen Salami-Taktik rückt man Russland an den Leib, überwindet eine "rote Linie" nach der anderen, schickt erst Helme, dann Haubitzen und schließlich Kampfpanzer samt Personal an den Kriegsschauplatz in der Ukraine.

Heute sind wir "Scheibe für Scheibe, ein kleines Stück nach dem anderen" in eine Situation geraten, die im Verhältnis zu einer nuklearen Macht absolutes Tabu war, ist und immer sein wird. Russland wird nun auf sowjetischem Territorium, knappe 200 Kilometer von Stalingrad entfernt, vom kollektiven Westen, der in der gesamten Ukraine nicht das Geringste zu suchen hat, bedrängt. Amerikanische Raketen töten täglich russische Soldaten und Zivilisten, auch Kinder. Demnächst werden es – was nach 1945 sich niemals hätte wiederholen dürfen, egal wie richtig oder falsch Russland handelt – auch deutsche Panzer tun. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat vor wenigen Tagen öffentlich verlautbaren lassen, man befinde sich im Krieg gegen Russland. Und nur dem Umstand, dass auch in Russland längst bekannt ist, dass das Sprachzentrum dieser Dame über keine unbeschädigte Synapsenverbindung zu anderen Teilen ihres Hirns verfügt, ist zu verdanken, dass Moskau dies nicht als offizielle Kriegserklärung aufgefasst hat.

Wir müssen leider anhand all dieser Entwicklungen nüchtern feststellen, dass die russische nukleare Abschreckung nicht mehr wirkt. Ihr fehlt in den Augen der westlichen Eliten offenbar die nötige Glaubhaftigkeit. Ein Beispiel aus der aktuellen Presse. Die Welt lässt einen Experten zu Wort kommen:

"Das Risiko eines Nuklearkriegs ist derzeit unglaublich gering."

Was für ein verantwortungsloser Irrglaube!

Warum ist sich der Westen so sicher, axiomatische rote Linien im Verhältnis zur Atommacht Russland folgenlos überschreiten zu können? Liegt es an einer durch psychologische Profile des russischen Präsidenten vermittelten Sicherheit, er werde unter keinen Umständen den "roten Knopf" drücken?

Ja, Wladimir Putin ist – und das wissen die westlichen Eliten bestens, auch wenn sie in der für ihr jeweiliges Volk bestimmten Propaganda gerne das Bild eines kaltblütigen Mörders zeichnen – alles andere als ein blutrünstiger Diktator. Genauso wenig will er einen nuklearen Schlagabtausch, ob mit oder ohne Vernichtung der Menschheit. Das steht ihm in der Tat ins Gesicht geschrieben.

Doch niemand im Westen soll sich täuschen: Wladimir Putin ist nicht Jim Hacker. Er ist nicht einmal Michail Gorbatschow. So viele Chancen der aktuelle russische Präsident dem Frieden in der Ukraine und den Minsker Verträgen auch immer wieder und immer wieder aufs Neue gegeben hatte, vor bald einem Jahr kam schließlich doch der Punkt, an dem er sich dem lange Weggeschobenen stellte.

Der öffentliche Druck wächst

Genauso könnte es kommen, wenn es um die Wiederherstellung der Abschreckungswirkung der russischen Triade geht: Der öffentliche Druck auf den Präsidenten steigt in Russland von Tag zu Tag spürbar an. Der wichtigste Talkshowhost des staatlichen Fernsehsenders Rossija Wladimir Solowjow spricht im Studio und in Interviews offen über mögliche Szenarien eines nuklearen Warnschusses. Stellungnahmen von Bloggern und Meinungsführern werden mit jedem zivilen Opfer im Donbass schärfer und fordernder. Meinungsumfragen zeigen eine immer klarere Mehrheit für ein härteres und auch risikoreicheres Vorgehen gegen die "geopolitischen Partner". Der Druck wächst und summiert sich zu einem Chor:

"Der durchgeknallte Westen braucht einen Warnschuss vor den Bug, um Russlands Sicherheitsinteressen wieder ernst zu nehmen und russischem Leben mit der gebotenen Achtung zu begegnen? Er sollte ihn bekommen."

Der Westen sollte sich auch nicht in der Hoffnung ergehen, dass die Geduld des russischen Volkes und die Geduld seines Präsidenten auch dieses Mal für sieben oder acht Jahre reichen werden. Die Situation ist eine andere. Es sterben russische Staatsbürger. So offen wie jetzt war der Westen bis 2022 nicht in den Konflikt involviert. Die Mehrheit der Russen ist inzwischen der Meinung, dass man sich im Krieg mit dem "kollektiven Westen" befindet und die Ukraine nur dessen willfähriger Handlanger ist. Der Westen selbst hat alle Masken abgeworfen.

Ein mögliches Szenario für einen "Gamechanger"

Fest steht, die Einmischung des Westens in den russisch-ukrainischen Konflikt ist schon jetzt viel zu weit gegangen. In russischen Diskussionen besteht noch keine Bereitschaft, Europäern oder Amerikanern einen größeren Schaden zuzufügen. Die Rede ist bislang "nur" von einem Warnschuss, einem "Gamechanger", der die Glaubhaftigkeit der russischen nuklearen Abschreckung wiederherstellt.

In den Vorstellungen der russischen Strategen sollte dieser dasjenige geopolitische Subjekt, das die tatsächlichen Entscheidungen trifft, zur Vernunft bringen. Es ist kein Geheimnis, dass darunter die USA verstanden werden, denen ihre jederzeitige Verwundbarkeit eindringlich und öffentlichkeitswirksam vorgeführt werden soll.

Zweitens, es soll nur ein Warnschuss sein. Er muss daher so gesetzt werden, dass er keinen einzigen Menschen tötet. Auch sonst sollten die Folgen für die Umwelt und die Infrastruktur möglichst gering sein.

Lasst eure Entrüstung woanders ab!

Bevor Deutschland sich über die russische Zivilgesellschaft empört: Es ist nicht Russland, das im abtrünnigen Texas ein blutrünstiges antiamerikanisches Regime aufbaute und bewaffnete. Es ist der kollektive Westen, der mitten ins russische Herz stach und in Russlands weichem Bauch ein tödliches russophobes Krebsgeschwür pflanzte. Jeder einzelne getötete russische Soldat und jeder einzelne getötete Zivilist in Donezk sind eine rote Linie, die der Westen überschritten hat.

Genau dafür, dass kein einziger Soldat fallen und kein einziger Zivilist unter Himars-Beschuss sterben muss, haben Atommächte Atomwaffen, heißt es unter den Befürwortern dieses Kurses. Haben wir vergessen, wie die USA auf die bloße Stationierung russischer Raketen auf Kuba reagierten? War Kennedy da nicht sogar zu weitaus mehr bereit als nur zu einem Warnschuss in die Wüste? Warum also müssen Russen, insbesondere die Einwohner von Donezk und Lugansk, die dort seit Generationen leben, seit Zeiten, als noch niemand das Wort "Ukrainer" kannte, es dulden,

auf dem eigenen Territorium ermordet zu werden?

Noch kann das Abrutschen in das nukleare Szenario vermieden werden. Indem die EU und die NATO sich aus der Ukraine, wo sie nichts zu suchen haben, zurückziehen. Die Zeit für richtige Entscheidungen wird immer knapper.

* * *

"Faktenfinder" der Tagesschau: Diffamierungskampagne gegen Alina Lipp geht weiter

<https://freeassange.rtde.me/meinung/161556-faktenfinder-tagesschau-diffamierungskampagne-gegen-alina/>
31.01.2023

Mit einem Faktenfinder geht die Diffamierung der unabhängigen Journalistin Alina Lipp durch deutsche GEZ-Medien in die nächste Runde. Jede inhaltliche Auseinandersetzung wird vermieden. Skandalisiert wird, dass Lipp trotz massiver Repression weiter berichtet.

Von Gert Ewen Ungar

Die *Tagesschau* behauptet von sich, das Flaggschiff des deutschen Journalismus zu sein und hohe Standards in der Berichterstattung zu befolgen. Mit dieser vollmundigen Selbstwahrnehmung korrespondiert die Realität immer weniger. Insbesondere in Krisenzeiten zeigt sich die *Tagesschau* wie viele andere deutsche Medien auch extrem anfällig für Einseitigkeit bis hin zur Diffamierung von Personen und Personengruppen, für undifferenzierte Berichterstattung, kritiklose Übernahme von interesselgeleiteten Informationen, kurz: In Krisenzeiten gibt die *Tagesschau* jeden journalistischen Anspruch preis.

Jetzt ist wieder einmal Krisenzeit, und die *Tagesschau* befolgt das hier aufgezeigte Muster. Die Berichterstattung zur Ukraine verdient das Prädikat "Journalismus" nicht. Von echter journalistischer Qualität hat sich das meistgesehene deutsche Nachrichtenformat himmelweit entfernt. Die *Tagesschau* gibt die ukrainische Position eins zu eins wieder, versteckt ihre Verweigerung journalistischer Arbeit hinter dem Hinweis, dass die Informationen von Kriegsparteien nicht unabhängig überprüfbar seien. Das ist richtig. Aber die *Tagesschau* instrumentalisiert diesen Satz, um ihre ungefilterte, einseitige Wiedergabe der ukrainischen Sicht zu legitimieren. Das ist genau das Gegenteil von der journalistischen Sorgfaltspflicht, die die *Tagesschau* mit dem gemachten Hinweis vorgibt zu beachten. Es ist ein pervertierter Journalismus, den die *Tagesschau* betreibt – man könnte auch weniger elaboriert sagen, die *Tagesschau* betreibt schlicht Kriegspropaganda.

Inzwischen fällt das deutsche Nachrichtenflaggschiff zudem noch dadurch auf, dass es sich an Diffamierungskampagnen gegen Journalisten, die sich eine größere Form der Unabhängigkeit bewahrt haben, nicht nur beteiligt, sondern sie auch initiiert.

Ganz oben auf der Liste der unliebsamen Journalisten der *Tagesschau* steht die Deutsch-Russin Alina Lipp, die auf ihrem Telegram-Kanal aus dem Donbass berichtet. Im Gegensatz zu den Journalisten der GEZ-Medien ist sie vor Ort. Mit ihr übrigens eine große Zahl von russischen Journalisten, die täglich von den Geschehnissen an der Front und aus den Städten und Gemeinden auf der russischen Seite berichten. Wie sie berichtet auch Lipp von willkürlicher Zerstörung ziviler Infrastruktur nicht nur unter bewusster Inkaufnahme von Opfern unter Zivilisten, sondern wohl auch mit dem konkreten Ziel, Zivilisten zu töten. Es gibt aus militärstrategischer Sicht für diesen Beschuss keinen Grund. Es sind Kriegsverbrechen der Ukraine. Dabei gibt es täglich Opfer zu

beklagen.

Die *Tagesschau* berichtet darüber nicht, denn der Beschuss des Donbass durch die Ukraine mit westlichen Waffen ist ein "russisches Narrativ". Die *Tagesschau* möchte – wie die anderen großen deutschen Medien auch – verhindern, dass das russische Narrativ in Deutschland verbreitet wird, ganz unabhängig von seinem Wahrheitsgehalt.

Aus diesem Grund greift das deutsche Nachrichten-Flaggschiff zu unlauteren Mitteln. In einem aktuellen Beitrag gehen die *ARD*-Redakteurin Carla Reveland und Pascal Siggelkow vom *NDR* in einem sogenannten Faktenfinder der Frage nach, wie sich "Putin-Propagandisten" finanzieren. Der Plural im Titel ist reichlich irreführend, denn es geht ausschließlich um Alina Lipp. Der Skandal, den der Faktenfinder dabei aufgedeckt haben will, ist, dass Lipp trotz Verbot, Zensur, Kontopfändung und Sanktionen weiterhin Mittel und Wege findet, ihren Kanal weiter zu betreiben.

Noch mal zum besseren Verständnis: Die *Tagesschau* sorgt sich nicht darum, dass es in Deutschland wieder Zensur gibt, dass Nachrichten unterdrückt, dass Journalisten und ganze Sender in ihrer Arbeit behindert werden. Die *Tagesschau* sorgt sich darum, dass es Journalisten, die von diesen Maßnahmen betroffen sind, trotzdem noch gelingt, ihre Arbeit fortzusetzen.

Was den beiden Redakteuren, die mit ihrem auf Diffamierung und Hetze angelegten Beitrag kräftig in die Fußstapfen unrühmlicher historischer Vorbilder treten, nicht gelingt, ist übrigens der Nachweis, dass Lipp tatsächlich vom Kreml finanziert wird und in dessen Auftrag arbeitet – und das, obwohl Lipp gegenüber der *Tagesschau* allem Anschein nach ausgesprochen auskunftsfreudig war. Es steht zu vermuten, dass Reveland und Siggelkow das Vertrauen Lipps missbraucht haben. Es wäre bei Weitem nicht das erste Mal, dass GEZ-Redakteure zu diesem Mittel greifen.

Was der Faktenfinder leistet, ist eine kleine Verschwörungstheorie zu stricken, die von einem undurchsichtigen Geflecht von Firmen faselt, Fahrten nach Russland legt, die schon deshalb als obskur gelten, weil sie nach Russland führen, und die um Lipp und ihre Arbeit die Aura des Fragwürdigen aufleuchten lässt. Die von all dem entkleidete Kernaussage ist: Alina Lipp kann sich und ihren Kanal weiter finanzieren. Das ist ein Skandal.

Was die Redakteure tunlichst vermeiden, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung. Dazu gibt es auch allen Grund, denn das sogenannte russische Narrativ erweist sich mit jedem Tag ein bisschen näher an den Fakten als die Erzählung, mit der die *Tagesschau* ihre Zuschauer abspeist. Die *Tagesschau* bekommt es beispielsweise auch nach monatelangem Beschuss des Atomkraftwerks in Saporoschje nicht hin zu schreiben, wer da offensichtlich schießt. Zur Erinnerung: Russische Kräfte sind im Kraftwerk, ukrainische davor. Die *Tagesschau* tut in ihren Berichten über den Beschuss von Europas größtem Kernkraftwerk regelmäßig so, als sei die Lage viel zu unübersichtlich, um hier auch nur einen mutmaßlichen Verursacher zu nennen.

Alina Lipp berichtete beispielsweise im Frühjahr 2022 bereits, dass die Ukraine geächtete Antipersonenminen gegen Zivilisten einsetzt. Die Ukraine ließ sie über Donezk abregnen. Die Blütenblätter genannten Minen wurden zur Gefahr für vor allem Kinder, die sie mit Spielzeug verwechseln konnten. All dies nur ein russisches Narrativ, nach Auffassung deutscher Medien.

Allerdings meldet die russlandfreundlicher Umtriebe völlig unverdächtige Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch nun ebenfalls, dass die Ukraine Antipersonenminen einsetzt. Übrigens genau des Typs, von dem Lipp bereits vor Monaten Fotos auf ihrem Telegram-Kanal veröffentlicht hat. Alina Lipp lieferte den besseren Journalismus. Das russische Narrativ ist näher an der Wahrheit.

Die GEZ-Faktenfinder dagegen graben mit Julia Smirnowa eine Expertin aus, die Lipp vorwirft, im russischen Fernsehen Fakes über Deutschland zu verbreiten: "Sie erzählt viel über die angebliche Zensur, die im Westen herrschen würde", zitiert der Faktenfinder Smirnowa, die übrigens Mitarbeiterin am Institute for Strategic Dialogue Germany ist. Das Institut beschäftigt sich überwiegend mit der Frage, wie man der Gesellschaft Dinge schmackhaft machen kann, die diese eigentlich nicht schmackhaft findet. Das Institut betreibt schlicht Propaganda. Dass der Faktenfinder gerade in seinem Beitrag selbst die Bestätigung dafür geliefert hat, dass Lipps Behauptungen stimmen, fällt den Redakteuren nicht auf. Dabei steht sogar im Titel, dass die EU-Sanktionen die Finanzierung der Informationskanäle erschweren. Wenn das mal keine Zensur ist.

Und apropos Finanzierung. Die Finanzierung der *Tagesschau* ist ganz transparent. Die Tagesschau wird über die GEZ finanziert. Die Einnahmen der GEZ beliefen sich 2021 auf 8,42 Milliarden Euro. Mit einem Teil Ihrer Haushaltsabgabe in Höhe von 18,36 Euro finanzieren auch Sie Diffamierungskampagnen gegen unabhängigen Journalismus.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die von *RT DE* im Januar 2023 veröffentlicht wurden, enthält außer Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien, die lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Beitrags vorhanden sind.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten